



PROTOKOLL

Ausschuss für Bildung

19. Sitzung in Mainz, Deutschhaus, Saal 7, am 7. März 2023

Öffentlich, 14.01 bis 16.16 Uhr

Tagesordnung	Ergebnis
1. Gute Angebote und Unterstützung für ukrainische Kinder und Jugendliche in Schulen und Kitas in Rheinland-Pfalz Antrag nach §76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Bildung – Vorlage 18/3235 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 5 – 9)
2. ...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes (SchulG) Gesetzentwurf Fraktion der CDU – Drucksache 18/5548 – [Link zum Vorgang]	Anhörverfahren be- schlossen; vertagt (S. 10 – 11)
3. a) IQB-Bildungstrend 2021: Verschlechterung gegenüber 2016 Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/2634 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 12 – 28)
b) Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021 Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT Ministerium für Bildung – Vorlage 18/2648 – [Link zum Vorgang]	
c) IQB-Bildungstrend Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der CDU – Vorlage 18/2673 – [Link zum Vorgang]	

Tagesordnung

Ergebnis

- | | |
|---|---|
| 4. Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung und der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung hier: Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)
Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i. V. m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Ministerium für Bildung
– Vorlage 18/3249 – [Link zum Vorgang] | Kenntnisnahme
(S. 29) |
| 5. Kita-Rahmenverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit den Kirchen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der SPD
– Vorlage 18/3069 – [Link zum Vorgang] | Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung
(S. 4) |
| 6. Fachkräftekampagne Kindertagesbetreuung
Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT
Ministerium für Bildung
– Vorlage 18/3127 – [Link zum Vorgang] | Erledigt
(S. 30 – 35) |
| 7. KIPKI: Neue Möglichkeiten für Schulen und Kitas
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP
– Vorlage 18/3395 – [Link zum Vorgang] | Vertagt
(S. 4) |
| 8. Pflicht zur „Gendersprache“ an den Staatlichen Studienseminaren?
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der AfD
– Vorlage 18/3182 – [Link zum Vorgang] | Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung
(S. 4) |
| 9. Schulen im Ahrtal
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der CDU
– Vorlage 18/3389 – [Link zum Vorgang] | Erledigt
(S. 37 – 38) |
| 10. Intensivierung der MINT-Kooperation zwischen Bildungsministerium und BASF
Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT
Fraktion der FDP
– Vorlage 18/3126 – [Link zum Vorgang] | Erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung
(S. 36) |

Tagesordnung	Ergebnis
11. Neue Entwicklungen in der Begabten- und Begabungsförderung in Rheinland-Pfalz Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der SPD – Vorlage 18/3414 – [Link zum Vorgang]	Erledigt (S. 39 – 41)
12. SWK-Empfehlungen zum Lehrermangel Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT Fraktion der AfD – Vorlage 18/3243 – [Link zum Vorgang]	Erledigt mit der Maß- gabe schriftlicher Be- richterstattung (S. 4)
13. Verschiedenes	(S. 42)

Vors. Abg. Susanne Müller eröffnet die Sitzung und begrüßt die Teilnehmenden.

Vor Eintritt in die Beratungen:

Punkte 5, 8 und 12 der Tagesordnung:

5. Kita-Rahmenverhandlungen der kommunalen Spitzenverbände mit den Kirchen und den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/3069](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

8. Pflicht zur „Gendersprache“ an den Staatlichen Studienseminaren?

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/3182](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

12. SWK-Empfehlungen zum Lehrermangel

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/3243](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Die Anträge sind erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.

Punkt 7 der Tagesordnung:

KIPKI: Neue Möglichkeiten für Schulen und Kitas

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktionen der SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP

– [Vorlage 18/3395](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Der Antrag wird vertagt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

Gute Angebote und Unterstützung für ukrainische Kinder und Jugendliche in Schulen und Kitas in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT

Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/3235](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, seit nunmehr über einem Jahr tobe der menschenverachtende Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine. Der Kriegsbeginn habe sich am 24. Februar 2023 zum ersten Mal geäußert. Bisher seien aus der Ukraine mehr als 10.600 Schülerinnen und Schüler nach Rheinland-Pfalz geflüchtet. Diese seien in den Schulen im Land, ebenso wie die fast 900 Kinder in den Kitas, sehr gut integriert und aufgenommen worden. Der Bildungsausschuss sei letztmalig in seiner 15. Sitzung am 7. November 2022 über die Situation in den rheinland-pfälzischen Kitas und Schulen informiert worden. Daher wolle sie im Folgenden erneut einen Überblick über die Entwicklungen geben.

Mit Stand 6. März seien an rheinland-pfälzischen Schulen 10.633 Schülerinnen und Schüler aufgenommen worden. Von diesen besuchten gut 60 % die Grundschule. Ungefähr ein Drittel besuche die Realschule plus und das Gymnasium, weitere knapp 1.000 Schülerinnen und Schüler besuchten die integrierte Gesamtschule, 500 die berufsbildende Schule, ungefähr 140 die Förderschule und einige wenige die Freie Waldorfschule. Diese Zahlen verdeutlichten, vor welchen großen Herausforderungen die Schulen stünden.

Die Landesregierung habe eine sehr hohe Zahl an Lehrerwochenstunden auch für die Sprachförderung etabliert. Für die Sprachförderung der insgesamt knapp 33.000 Schülerinnen und Schüler aus anderen Nationen – also nicht nur für die Schülerinnen und Schüler aus der Ukraine, sondern selbstverständlich auch aus allen anderen Herkunftsländern – würden rund 17.400 Lehrerwochenstunden, also fast 670 Vollzeitäquivalente, investiert. Dies seien insgesamt noch einmal fast 400 Förderstunden mehr als zum Zeitpunkt des Berichts im November. Diese Zahl wachse also ebenso wie die Zahl der Gruppen und Kurse stetig. Neben den bereits genannten 17.400 Lehrerwochenstunden an den allgemeinbildenden Schulen seien an den berufsbildenden Schulen noch einmal ungefähr 1.500 Lehrerwochenstunden, was ungefähr 61 Vollzeitäquivalenten entspreche, investiert worden. Insgesamt seien aktuell – Stand 3. März 2023 – exakt 405 Deutsch-Intensivkurse eingerichtet. Für diese Deutsch-Intensivkurse stünden rund 6.500 Lehrerwochenstunden zur Verfügung, was ca. 250 Vollzeitäquivalenten entspreche.

Daneben habe die Landesregierung viele andere Maßnahmen eingerichtet. Dazu zählten etwa Feriensprachkurse, deren Zahl im Jahr 2022 noch einmal sehr viel stärker gestiegen sei als in den vorangegangenen Jahren. In Rheinland-Pfalz werde Herkunftssprachenunterricht erteilt. Des Weiteren werde eine breite Unterstützung von der Schulpsychologie und von allen, die bei der Koordinationsstelle ukrainische Kinder und Jugendliche in rheinland-pfälzischen Schulen mit dafür Sorge trügen, dass die Schülerinnen und Schüler gut integriert und beschult werden könnten, auf der Lernplattform Moodle bereitgestellt.

Das Pädagogische Landesinstitut bzw. das digitale Kompetenzzentrum habe ferner im Rahmen eines Pilotprojekts Lehrkräfte, die in der Erstaufnahmeeinrichtung für Asylbegehrende (AfA) in Speyer im Einsatz seien, mit Endgeräten und digitalen Tafeln ausgestattet, um dort die Fortbildung und Beratung zu unterstützen sowie die Schülerinnen und Schüler, die in der AfA untergebracht seien und dort Deutsch lernten, mit guten Angeboten unterstützen zu können und die weiteren unterrichtlichen Angebote zielgerichtet an die Schülerinnen und Schüler, die sich in der AfA befänden, zu geben.

Darüber hinaus besuchten mit Stand Mitte Februar – diese Zahlen würden nur noch einmal im Monat erhoben, weil sie keiner so großen Veränderung mehr unterlägen – rund 856 Kinder aus der Ukraine Kindertagesstätten im Land. Da nicht alle Kindertagesstätten stets entsprechende Meldungen machten, könne die Zahl auch etwas höher liegen. Auch für diesen Bereich würden aber gute Materialien für die pädagogischen Fachkräfte auf dem Kita-Server bereitgestellt, um auch die Integration der Kinder in der Kita, die Sprachbildung und die Leseförderung zu unterstützen sowie den Fachkräften Materialien für den Umgang mit Krieg, Flucht und Traumata an die Hand zu geben.

Staatssekretär a. D. Hans Beckmann (Vorsitzender der Task Force Ukraine der Kultusministerkonferenz) beschreibt, am heutigen Tag finde die 54. Videoschalte mit der Kultusministerkonferenz seit Ausbruch des Kriegs statt. Zu Beginn seien zwei Schalten pro Woche durchgeführt worden, nun sei es nur noch eine pro Woche. Auch in Rheinland-Pfalz fänden wöchentliche Videoschalten statt. Deren Zahl belaufe sich inzwischen auf 46 Videoschalten. Dies verdeutliche, wie intensiv an diesem Thema gearbeitet werde.

Die von Staatssekretärin Brück genannten Schülerzahlen für Rheinland-Pfalz wolle er noch einmal durch die Zahlen für die gesamte Bundesrepublik ergänzen. In der 8. Kalenderwoche – vom 20. bis zum 26. Februar – hätten 204.237 Kinder und Jugendliche deutsche Schulen besucht. Die Bandbreite erstreckte sich dabei von 1.969 Schülerinnen und Schülern im kleinsten Bundesland Bremen bis zu 37.672 Kindern und Jugendlichen im größten Bundesland Nordrhein-Westfalen. Alle Bundesländer beobachteten seit Monaten, dass die Zahlen aus der Ukraine leicht anstiegen, aber relativ konstant seien, während die Zahlen der Schülerinnen und Schüler aus anderen Ländern wie Syrien, Afghanistan, Irak und Iran viel stärker anstiegen. Dieser Punkt finde in der Diskussion oft wenig Beachtung.

Die folgenden Zahlen stammten vom ukrainischen Bildungsministerium, welches in regelmäßigen Abständen ein sogenanntes Bulletin herausgebe. Laut des Bulletins von Ende Januar gebe es in der Ukraine 12.926 Schulen, die „General Secondary Education Institutions“ genannt würden. Beispielsweise der Primarbereich werde dabei gar nicht gesondert genannt. Von diesen 12.926 Schulen seien 3.051 Bildungseinrichtungen beschädigt und 420 ganz zerstört. In dem Zeitraum seit Februar 2022 seien – so die Zahlen von Ende Januar – 453 Kinder getötet und 914 verletzt worden.

Was ihn immer wieder beeindrucke, sei, dass die Situation, wie den genannten Zahlen entnommen werden könne, sehr schrecklich sei, sich die ukrainische Seite aber wirklich sehr darum bemühe, den Kindern und Jugendlichen ein Stück Normalität anzubieten. Dafür werde vonseiten der Ukraine im Prinzip Unterricht in drei Formen angeboten. Dies sei erstens Präsenzunterricht, der in 3.955 Schulen mit 1,1 Millionen Schülerinnen und Schülern angeboten werde. Zweitens böten 4.663 Schulen für 1,7 Millionen Schülerinnen und Schüler reines Onlinelernen an. Drittens führten 4.608 Schulen für

1,2 Millionen Kinder eine Kombination aus Online- und Präsenzunterricht – also Blended Learning – durch. 9.900 Schulen hätten vertriebene Kinder aus anderen Regionen aufgenommen und gliederten diese in ihren Unterricht – entweder Präsenz- oder Onlineunterricht – ein. 12.439 Lehrkräfte blieben im Ausland. Dies zeige, welche Leistung auch mit Blick auf den Onlineunterricht erbracht werde, da diese Personen ebenfalls in den Onlineunterricht eingebunden seien.

Die ukrainische Seite versuche, möglichst viel Normalität anzubieten. Sie biete Lehrerfortbildungen an, beispielsweise zu dem Thema „New Ukrainian school: learning/knowledge about the Holodomor and other genocides“. Dies beziehe sich also sehr speziell auf die Situation in der Ukraine. Den Lehrkräften stehe eine Vielzahl von Materialien zur Verfügung. Zudem würden auch in dieser schwierigen Situation Schülerwettbewerbe durchgeführt, beispielsweise eine Physikolympiade oder im Bereich Chemie und Informatik.

Bei Gesprächen mit den ukrainischen Verantwortlichen, wie er am 22. Februar 2023 wieder eines geführt habe, sei jederzeit spürbar, dass diese Menschen Angst hätten, ihr Leben zu verlieren. Im vergangenen Herbst sei im Verlauf einer Videoschleife über berufsbildende Schulen, an der nicht er, sondern Petra Jendrich aus dem Bildungsministerium teilgenommen habe, da sie die Vorsitzende des Ausschusses für berufliche Bildung der KMK sei, eine Rakete im Gebäude nebenan eingeschlagen. Trotz dieser großen Herausforderungen wollten die Ukrainerinnen und Ukrainer diese Beschulung fortführen. Bei jeder Begegnung sei spürbar, dass ihnen jedes Kind wichtig sei und sie auch wollten, dass die Kinder und Jugendlichen, wenn dieser schreckliche Krieg vorbei sei, so schnell wie möglich in die Ukraine zurückkehrten. Ob dieser Wunsch der ukrainischen Seite erfüllt werde, sei noch einmal eine ganz andere Frage, dies wisse er nicht. Es habe schon Umfragen und Befragungen gegeben, nach denen viele auch in Deutschland bleiben wollten.

Am 22. Februar 2023 habe eine Videoschleife mit dem ukrainischen Bildungsministerium, dem Bundesministerium für Bildung und Forschung in Berlin und der Task Force stattgefunden. Es sei nur um schulische Themen gegangen, da es sich aber ein Stück weit um Diplomatie handele, liefen die Kontakte immer von Ministerium zu Ministerium. Im Rahmen dieser Videoschleife seien drei Themen diskutiert worden. Der ukrainischen Seite sei vorab ein Fragenkatalog geschickt worden.

Ein Thema, was den Abgeordneten möglicherweise auch schon im Rahmen ihrer Kontakte mit Schulen begegnet sei, sei das Thema „Schulpflicht und Onlineunterricht“. Dabei gehe es vor allem um den Aspekt der Doppelbelastung, da sehr viele Kinder morgens eine deutsche Schule besuchten und nachmittags zusätzlich am Onlineunterricht der ukrainischen Seite teilnahmen. Von diesem Phänomen berichteten alle Bundesländer. Das Thema sei vorgetragen worden, und die ukrainische Seite nehme dieses ernst und habe noch einmal deutlich gesagt – dies werde so auch in dem Protokoll stehen, das mit der ukrainischen Seite abgestimmt und dann allen Ländern zur Verfügung gestellt werde –, dass die Schulpflicht im Gastland gelte. Gleichzeitig wünschten sich die Verantwortlichen aus der Ukraine aber selbstverständlich auch, dass der Kontakt der Kinder zur Ukraine aufrechterhalten bleibe. Er glaube, dass dies in rheinland-pfälzischen Schulen gut gelinge. Den Schulen würden sehr viele Möglichkeiten offengelassen, diese Kontakte mit der Ukraine sicherzustellen. In anderen Ländern bestünden beispielsweise Regelungen, die dies nur nachmittags ermöglichten, in Rheinland-Pfalz existierten

diese strengen Vorgaben hingegen nicht, sondern wichtig sei, dass eine Eingliederung in den Schulalltag möglich sei.

Ein weiteres angesprochenes Thema sei die Anerkennung von Leistungen gewesen, also die Frage, was passiere, wenn Schülerinnen und Schüler mit deutschen Zeugnissen oder Abschlüssen in die Ukraine zurückkehrten. Diesbezüglich habe die ukrainische Seite noch einmal betont, dass alle Leistungen, die die Kinder in Deutschland erzielten, anerkannt würden. Auf seine Nachfrage hin, wie mit schulischen Leistungen, die in Gebieten, die teilweise von Russland besetzt gewesen und nun wieder in ukrainischer Hand seien, erbracht worden seien, umgegangen werde, sei erklärt worden, auch in diesen Fällen werde sehr pragmatisch vorgegangen. Den Kindern solle die Schule möglichst problemlos gestaltet werden, und auch diese Leistungen würden anerkannt.

Das letzte Thema der Videoschalte sei die Frage der Abschlussprüfungen gewesen. In der Ukraine erfolgten normalerweise nach den Jahrgangsstufen 4, 9 und 11 Abschlussprüfungen. Diese Abschlussprüfungen fänden in diesem Jahr nicht statt. Dies folge aus einem Parlamentsbeschluss des Parlaments in Kiew. Die Abschlüsse würden trotzdem erteilt, anhand der Leistungen aus dem laufenden Jahr.

Die ukrainische Seite wolle aber wieder einen Multifachtest durchführen, der ausschließlich der Aufnahme an ukrainische Hochschulen diene. Im vergangenen Jahr habe dieser aus vier Fächern bestanden. Seine Frage danach, ob der Test auch dieses Jahr vier Fächer umfassen werde, habe noch nicht beantwortet werden können, da auch dies von einem Parlamentsbeschluss abhängen. Über die Hochschulrektorenkonferenz seien diese Multifachtests in Deutschland im letzten Jahr an sieben Standorten ermöglicht worden. Auch in diesem Jahr werde wieder alles für die Unterstützung dieses Multifachtests getan werden. Dieser liege allerdings nicht im Zuständigkeitsbereich der KMK, sondern der Hochschulen.

Deutschland habe, wie bereits dargestellt, 204.000 Schülerinnen und Schüler aufgenommen. Er nenne den Abgeordneten nun Zahlen einiger anderer Länder, die unvollständig und nicht überprüft worden seien, um ihnen eine Vorstellung der Größenordnungen zu geben. Österreich habe beispielsweise 13.619, Belgien – dies sei noch einmal in Flandern und die Wallonie unterteilt – 10.587 und Kroatien 1.671 Schülerinnen und Schüler gemeldet. Auch Polen habe sehr viele Schülerinnen und Schüler aufgenommen, wenn er sich recht erinnere 150.000. Polen habe mehr gemeldet, allerdings seien in der Zahl auch Studenten enthalten.

Für Deutschland und Rheinland-Pfalz wolle er betonen, dass die Integration bei allen Herausforderungen so gut gelinge, sei in erster Linie der Verdienst der Schulen, die sich dieser Herausforderung stellten, die Kinder aufnahmen und sie so gut wie möglich in die Schule integrierten. Wie einige Abgeordnete damals schon mitbekommen hätten, seien die Herausforderungen 2016 deutlich größer gewesen als jetzt, und er könne vor der Leistung der Lehrkräfte, der Schulgemeinschaften, aber auch der Schulträger nur den Hut ziehen. Teilweise stünden diese auch mit Blick auf den Schulraum vor einer großen Herausforderung, wobei sich dieser Aspekt in den Bundesländern sehr unterschiedlich darstelle. So bestünden etwa in großen Städten in Nordrhein-Westfalen extrem große Probleme, Schulraum zu finden.

Sein Eindruck, den die Abgeordneten sicherlich teilten, sei, dass der Krieg noch weitergehen werde, für wie lange, wisse niemand. Daher müsse der Ukraine weiterhin geholfen werden, sie müsse unterstützt werden, und es gelte vor allem, den Kindern einen sicheren Ort zu bieten, an dem sie ihre schulische Laufbahn fortführen könnten.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 2 der Tagesordnung:

...tes Landesgesetz zur Änderung des Schulgesetzes (SchulG)

Gesetzentwurf

Fraktion der CDU

– [Drucksache 18/5548](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Abg. Jennifer Groß verweist auf die Debatte über dieses Thema im Rahmen der 39. Plenarsitzung am 1. März 2023. Ihrer Auffassung nach bestehe Einigkeit dahin gehend, dass Kinderschutz, gerade in Bildungseinrichtungen, das höchste Gut darstelle, und es daher zu schauen gelte, wie dieser weiter vorangebracht werden könne. Aus diesem Grund habe ihre Fraktion die vorliegende Ergänzung im Schulgesetz vorgeschlagen und bitte darum, zu diesem Thema eine Anhörung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses für Bildung durchzuführen.

Abg. Joachim Paul stellt dar, seine Fraktion habe bereits in der genannten Plenarsitzung ihre Unterstützung des Gesetzentwurfs der CDU-Fraktion, der die verpflichtende Einführung von Schutzkonzepten gegen Gewalt und sexuellen Missbrauch an allen Schulen in Rheinland-Pfalz vorsehe, signalisiert.

Neben der Familie sei die Schule der Ort, an dem Minderjährige die meiste Zeit verbrächten und die meisten sozialen Kontakte hätten. Es sollte daher selbstverständlich sein, dass dem Schutz von Kindern und Jugendlichen in diesem zentralen Lebensbereich ein besonderer Stellenwert zukomme. Das Schulgesetz sei hierfür der geeignete Schlüssel, weil es die notwendige rechtliche Verbindlichkeit, den entsprechenden Rahmen schaffe.

Davon ausgehend würden mehr Aufklärung, Fortbildung, klar definierte und transparente Meldestrukturen sowie qualifizierte Ansprechpartner an jeder Schule in Rheinland-Pfalz – Vertrauenslehrer, Schulpsychologen und Sozialarbeiter eingeschlossen – benötigt. Dieses Ziel lasse sich aus Sicht seiner Fraktion mit verbindlichen und schuleigenen Schutzkonzepten deutlich besser realisieren als mit Handreichungen des Landes und überwiegend freiwilliger Projekt- und Netzwerkarbeit, wie sie bisher stattfinde. Diese Einschätzung habe auch Thomas Linnertz, Präsident der Aufsichts- und Dienstleistungsdirektion, in der Sitzung des Ausschusses für Bildung am 9. Dezember 2020 vollumfänglich geteilt.

Abg. Helge Schwab teilt mit, seine Fraktion unterstütze den Antrag auf eine Expertenanhörung in einer der nächsten Sitzungen des Ausschusses.

Der Ausschuss beschließt ein Anhörverfahren, das am 13. Juli 2023, 14 Uhr, stattfinden soll.

Die acht Anzuhörenden (2 : 2 : 1 : 1 : 1 : 1) sind bis zum 31. März 2023 zu benennen.

Die Auswertung soll am 7. September 2023 erfolgen.

Der Tagesordnungspunkt wird vertagt.

Punkte 3 a) bis c) der Tagesordnung:

3. a) IQB-Bildungstrend 2021: Verschlechterung gegenüber 2016

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der AfD

– [Vorlage 18/2634](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

b) Ergebnisse des IQB-Bildungstrends 2021

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT

Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/2648](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

c) IQB-Bildungstrend

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/2673](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Die Tagesordnungspunkte werden gemeinsam behandelt.

Vors. Abg. Susanne Müller führt aus, im Folgenden werde die Anhörung des Bildungsausschusses zu den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends vom 8. Februar 2023 ausgewertet. Die eingegangenen schriftlichen Stellungnahmen der Anzuhörenden seien online abrufbar.

Abg. Sven Teuber legt dar, die Anhörung habe noch einmal deutlich gezeigt, dass das Land daran arbeiten und das Ziel haben sollte, den Anteil an Schülerinnen und Schülern, die die Mindeststandards nicht erreichten, stetig weiter zu reduzieren, um irgendwann der Vollversorgung hinsichtlich der Kompetenzen deutlich nahezukommen. Auch wenn dies selbstverständlich ein hehres Ziel sei, stelle es aber den richtigen Weg dar.

Anzuhörende Dr. Birgit Pikowsky habe aufgezeigt, dass es dazu keiner unterschiedlichen aktionistischen Maßnahmen bedürfe, sondern Maßnahmen, die sich in eine Strategie einbetteten und dieses langfristige Ziel tatsächlich erreichbar erscheinen ließen. Diesen Aspekt wolle er unterstreichen. Dr. Pikowsky habe dargelegt, dass dies einen langen Atem erfordere. Dabei gelte es – auch wenn dies manchmal unbefriedigend sei – anzuerkennen, dass im Verlauf dieses langen Prozesses selbstverständlich auch unterschiedliche andere Einflüsse auf diese Strategie einwirkten.

Ein Beispiel dafür sei das Thema „Ukraine“, das für die Lehrkräfte, die einen erheblichen Anteil an dem Erfolg dieser Strategie hätten, Herausforderungen und zusätzliche andere Aufgaben mit sich bringe. Dies wirke insgesamt auf den Bildungsprozess und lasse möglicherweise andere Kompetenzen in den Vordergrund treten, die in den Kernkompetenzbereichen im Rahmen der Strategie nicht immer sofort verfolgbar seien. Dies sei nachvollziehbar, gleichwohl sei es wichtig, auch den langen Atem und die lange Linie im Blick zu behalten.

Anzuhörende Professorin Dr. Petra Stanat habe deutlich gemacht, dass Rheinland-Pfalz zu den wenigen Ländern in diesem IQB-Ländervergleich – die Studie stelle nichts anderes als einen Vergleich der Stände der unterschiedlichen Länder dar – gehöre, in denen sich mehrere Kompetenzbereiche nicht signifikant negativ entwickelt hätten. Gleichwohl sei ebenfalls deutlich geworden, dass das Thema der sozialen Disparität einen zu großen Einfluss habe, und zwar unabhängig vom Migrationshintergrund. Dies stelle für seine Fraktion einen sehr wichtigen Punkt dar, denn die Frage der Bildungsgerechtigkeit sei in Zeiten der Corona-Pandemie noch einmal stärker in den Fokus geraten. Dieses Thema sei immer wieder im Ausschuss diskutiert worden, und es gelte zu prüfen, wie die Strategie auch durch einzelne Module – etwa Ohrenspitzer oder KERMIT – angereichert werden könne, um diese Einflüsse durch gezielte Förderung in der Schule weiter auszugleichen. Durch die Folgen der Corona-Pandemie sei man bundesweit in diesem Ziel und dieser Strategie zurückgeworfen worden, da sich andere Einflüsse bemerkbar gemacht hätten. Im politischen Raum und dankenswerterweise auch in der Schulgemeinschaft werde nun mühsam daran gearbeitet, diese Einflüsse wieder zu nivellieren.

Professorin Dr. Stanat habe ebenfalls deutlich gemacht, dass neben der sozialen Disparität auch die Frage der Elternpartnerschaften eine wichtige Rolle spiele, um dort dieser Strategie wirklich Durchschlagskraft zu verleihen. Seine Fraktion habe noch einmal in den Blick genommen, wie durch eine stärkere Beratung von Eltern zu einem frühzeitigen Einstieg in den Bildungsweg der Kinder eine Selbstversicherung erreicht und mit wenigen Maßnahmen und vielleicht auch kleinen Schritten eine große Wirkung erzielt werden könne. Bei dem Thema „Zuhören und Vorlesen“, das bereits in aller Munde sei, sei erkennbar, dass Effekte relativ schnell erreicht werden könnten. Nichtsdestotrotz gelte es zu eruieren, wie dieser Prozess vielleicht auch noch einmal verstärkt werden könne.

Anzuhörende Professorin Dr. Felicitas Thiel habe noch einmal schlüssig deutlich gemacht, dass dieser Ländervergleich des IQB durchaus dazu genutzt werden sollte, zu schauen, was andere Länder täten, und daraus gelernt werden könne. Er und seine Fraktion sähen jedenfalls momentan keine Notwendigkeit, die Schulen und Lehrkräfte im Land mehr zu „gängeln“, worauf sich auch ein Teil der Ausführungen von Professorin Dr. Thiel bezogen habe. Auch wenn er den Anzuhörenden Benjamin Bajraktari durchaus in einer rhetorischen Frage mit dieser Möglichkeit konfrontiert habe, gelte nach Einschätzung seiner Fraktion zunächst einmal das große Vertrauen in die große Fortbildungskraft und Expertise der Lehrkräfte.

Die Strategie werde durch Maßnahmen angereichert. Beispiele dafür habe er bereits genannt. Professorin Dr. Thiel habe trotzdem deutlich gemacht, dass der Länderaustausch weiterhin stattfinden müsse. Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig und Staatssekretärin Bettina Brück schauten unter anderem in der KMK immer wieder nach Maßnahmen, die in die Strategie des Landes passten und die Eltern und Lehrkräfte unterstützten, um das Ziel zu erreichen, dass die Zahl der Schülerinnen und Schüler, die die Mindeststandards nicht erreichten, immer weiter abnehme. Auch wenn festgehalten werden müsse, dass das Land noch nicht an dem Punkt angelangt sei, den es erreichen wolle, sei es im Ländervergleich auch nicht schlechter geworden, wie manche behaupteten.

Das Thema „Besoldung“ sei in der Anhörung ebenfalls zur Sprache gekommen. Dies habe ihn etwas überrascht, weil an dieser Stelle kein Zusammenhang mit Kernkompetenzverbesserungen der

Schülerinnen und Schüler bestehe, sondern einige Lehrkräfte, zu Recht, für eigene Besoldungserhöhungen kämpften.

Seiner Ansicht nach sollte die Frage im Mittelpunkt stehen, wie gemeinsam erreicht werden könne, dass die Lehrkräfte so weiter fortgebildet würden – Dr. Pikowsky habe auch in ihrer umfassenden schriftlichen Stellungnahme Angebote dargestellt –, dass sie eine hohe Lernbereitschaft und Fortbildungsbereitschaft auch im Diagnostikbereich hätten. Die Koalitionsfraktionen wollten noch einmal gemeinsam schauen, wie die Diagnostik im Sinne eines guten Förderplans für alle Schülerinnen und Schüler tatsächlich weiterentwickelt werden könne. Sie hätten im laufenden Doppelhaushalt bereits mehr Mittel auch für Maßnahmen zur Erreichung der Ziele dieser Strategie eingestellt. Im Kernkompetenzbereich hätten die IQB-Trends bereits vor dieser Anhörung in politische Schlussfolgerungen gemündet.

Nichtsdestotrotz danke er dafür, dass diese Anhörung habe durchgeführt werden können, weil sie in einigen Teilen sicherlich Erhellung, in manchen Teilen neue Perspektiven oder auch Bestätigung, dass dieser lange Atem miteinander aufgebracht werden sollte, gebracht habe. Bei allen zusätzlichen Einflüssen, die Lehrkräfte, Eltern und die Gesellschaft gemeinsam stemmen müssten, sollte nicht vergessen werden, dass damit tatsächlich auch viele andere Lerneffekte erreicht würden. Es sollten keine leichtfertigen Schlüsse gezogen werden, sondern es gelte, die Arbeit, die vor Ort geschehe, wertzuschätzen. Dafür danke er noch einmal.

Abg. Joachim Paul beschreibt die durchgeführte Anhörung als sehr aufschlussreich. Sie habe den Schleier gelüftet und allen vor Augen geführt, dass die Missstände an den rheinland-pfälzischen Schulen noch größer seien als gedacht, insbesondere in Bezug auf den Lehrermangel. Dies habe zu einem entsprechenden Medienecho geführt.

Beispielsweise habe Anzuhörender Bajraktari von dem Verband Reale Bildung berichtet, dass es an den Realschulen Klassen gebe, die von Studenten geleitet würden. Dies sei auch für ihn eine neue Information gewesen, die er eigentlich nicht für möglich gehalten habe. Als Klassenlehrer könne er nur feststellen, dies seien unhaltbare Zustände. Die Klassenleiterfunktion stelle eine sehr wichtige, herausragende Position dar, für die man gut ausgebildet sein müsse, da es auch darum gehe, Schüler individuell zu fördern. Wenn die neuralgischen Stellen mit Studenten, die nicht diesen Ausbildungsstand hätten, besetzt seien, dann sei dies ein Missstand.

Anzuhörender Lars Lamowski von dem Verband Bildung und Erziehung habe mitgeteilt, dass an seiner Grundschule zwei Vollzeitstellen von PES-Kräften besetzt seien. Herr Lamowski habe ebenso deutlich gemacht, dass künftige in der Theorie entwickelte Zielvorgaben wohl in der Praxis nicht umsetzbar sein würden. Grund dafür sei das fehlende Personal. Diese Debatte, die auch durch die Anhörung angeregt worden sei, werde nun geführt.

Ein weiteres, immer größer werdendes Problem sei die anhaltende Zuwanderung. An dieser Stelle gehe es gar nicht um eine Bewertung der Zuwanderung, es sei aber festzustellen, dass diese Zuwanderung eine so große Herausforderung sei, dass sie im Prinzip auch den Lernerfolg und die Effizienz des Bildungssystems an Grenzen bringe. Anzuhörende Professorin Dr. Stanat von dem Institut für

Qualitätssicherung im Bildungswesen sehe einen Grund für das Absinken des Niveaus an den Schulen in der Veränderung der Zusammensetzung der Schülerschaft. Wie auch Staatssekretär a. D. Hans Beckmann zu Beginn der Sitzung dargestellt habe, bestehe weiterhin ein massiver Zustrom an Einwanderung, in diesem Fall auch an Einwandererkindern. Dafür möge es Motive und Hintergründe geben, es stelle sich aber die Frage, ob das Schulsystem dafür ausgelegt sei und im Prinzip nicht auch darüber nachgedacht werden müsse, ob die Einwanderungspolitik richtig sei.

Die veränderte Zusammensetzung der Schülerschaft resultiere nicht aus einem Naturereignis. Sie sei das Ergebnis einer unkontrollierten Masseneinwanderung, die, wie in anderen Ländern geschehen, hätte verhindert und vor allen Dingen kanalisiert werden können. Es gebe genug Demokratien in Ost- und Mitteleuropa, die die Einwanderungspolitik anders gestalteten. Dies seien seines Erachtens keine Staaten, die in dem Verdacht stünden, eine xenophobe Diktatur zu sein, sondern die diese Einwanderung nach ihren Interessen regulieren und kontrollieren wollten und die Ansicht verträten, sie könnten keine Politik beibehalten, die die offenen Grenzen im Prinzip als absolut setze.

Die Befürworter dieser Zuwanderungspolitik seien auch dafür verantwortlich, dass sich die Lage an den Schulen im Land derart zugespitzt habe, dass teilweise kein vernünftiger Unterricht mehr möglich sei. Das Problem sei, dass weder die Ampelregierung in Berlin noch die Ampelregierung in Mainz Handlungsbedarf für einen Kurswechsel sähen. Im Gegenteil, die migrationspolitische Geisterfahrt Deutschlands im Vergleich zu ganz Europa gehe mit unverminderter Geschwindigkeit weiter.

Auf den Einwurf des **Abgeordneten Marco Weber**, dies sei im Rahmen der Anhörung nicht thematisiert worden, entgegnet der **Abgeordnete Joachim Paul**, es gehe um die Bildungspolitik und insbesondere die Ergebnisse der Anhörung. Selbstverständlich sei dieses Thema angesprochen worden. Zu Beginn der heutigen Sitzung habe Staatssekretär a. D. Beckmann darauf hingewiesen, dass es diese Zuwanderung gebe. Damit müssten sich die Abgeordneten auseinandersetzen. Die Zeiten, in denen dies alles habe tabuisiert werden und in denen man habe sagen können, das eine habe nichts mit dem anderen zu tun, seien vorbei. So viel Sprachförderung, wie sie aufgrund der Zuwanderung eigentlich benötigt würde, könne gar nicht umgesetzt werden. Dies scheitere bereits an der Frage des Personals.

Heftig kritisiert worden seien in der Anhörung zudem gewisse Bildungsexperimente. Herr Lamowski habe die Binnendifferenzierung für gescheitert erklärt und sich für die Rückkehr zum klassischen Förderunterricht ausgesprochen. Laut Herrn Lamowski seien die schwachen Schüler die Verlierer dieser Ideologie. Dies entspreche zu 100 % der Position seiner Fraktion. Herr Lamowski habe in diesem Zusammenhang auf die zahlreichen Nachhilfeinstitute, die wie Pilze aus dem Boden schössen, verwiesen und die Frage gestellt, wer sich das leisten könne. Dies sage viel über Bildungsgerechtigkeit und gewisse Bildungsexperimente aus, die zu dieser Tendenz geführt hätten. Er halte es für einen parteiübergreifenden Konsens, dass Bildung nicht vom Geld abhängen dürfe. Wenn nun also diese Institute, die sich nur die oberen Zehntausend oder vielleicht noch der gehobene Mittelstand leisten könnten, eine solche Renaissance erlebten und solch einen wichtigen Bildungsfaktor darstellten, dann laufe im Regelschulsystem etwas falsch. Darauf müsse man hinweisen.

Anzuhörende Cornelia Schwartz vom Philologenverband habe die Schwächen der in Rheinland-Pfalz vorherrschenden Brügelmann-Methode im Bereich der Rechtschreibung offengelegt. Auch in diesem Punkt könne sich seine Fraktion bestätigt fühlen. Es handele sich hier ebenfalls um eine seines Erachtens ideologisch getriebene Geisterfahrt auf dem Gebiet des Spracherwerbs in der Grundschule. Herr Bajraktari habe in diesem Zusammenhang von dem Methodenwahnsinn Rechtschreibung gesprochen. Bei diesen Anzuhörenden habe es sich um Praktiker gehandelt, die vor der Klasse stünden, den Schulalltag miterlebten und eine gewisse Relevanz und Erfahrung in die Debatte einbringen könnten. Der große Wert der Anhörung habe in diesem sehr starken Praxisbezug gelegen.

Interessant gewesen sei der Hinweis der Anzuhörenden Professorin Dr. Thiel von der Freien Universität Berlin, dass regelmäßiges Testen zu besseren Leistungen führe. Die Landesregierung habe in diesem Punkt bislang das genaue Gegenteil vertreten. So heiße es in der Drucksache 17/9008: „Leistungsnachweise selbst tragen weder zur Verbesserung noch zur Verschlechterung von Lernleistungen bei; sie messen diese.“ Diese Aussage sei aus der Praxis widerlegt worden. Er, der über gewisse Jahrzehnte an eigener Unterrichtserfahrung verfüge, habe diese Position der Landesregierung schon immer als völlig unhaltbar angesehen. Nun sei dies aus der Praxis bzw. aus der Wissenschaft sogar belegt.

Die bisherige Sichtweise der Landesregierung sei eine völlige Verkennung der vielfältigen pädagogischen Bedeutung von Leistungsüberprüfungen in der Schule. Professorin Dr. Thiel habe diese Position der Landesregierung mit ihren Ausführungen in der Anhörung als falsch entlarvt. Seine Fraktion sehe sich dadurch in ihrer Forderung bestätigt, die Pflicht von zehn bis zwölf Diktaten pro Jahr für Dritt- und Viertklässler, die bis zum Jahr 2008 bestanden habe, wieder einzuführen. Regelmäßiges Testen sei und bleibe wichtig. Vielleicht bewege sich die Landesregierung wenigstens in diesem Punkt.

Immerhin habe sie den verbindlichen Grundwortschatz eingeführt, nachdem die AfD-Fraktion dies im Plenum gefordert habe. Er habe vor Kurzem noch einmal in der Rhein-Zeitung recherchiert und herausgefunden, dass seine Fraktion tatsächlich die erste gewesen sei, die diese Idee, dass ein verbindlicher Grundwortschatz eine Antwort auf diese Krise sein müsse, in dieser Breite in die Öffentlichkeit getragen habe. Damals sei sie für diese Meinung regelrecht verprügelt worden. Es habe auch entsprechende Leserbriefzuschriften gegeben. Die Landesregierung habe es aber umgesetzt, und seine Fraktion stehe zumindest an der Wiege dieser sehr wichtigen Maßnahme. Zuvor habe die SPD bereits 25 Jahre lang die Verantwortung für die Bildungspolitik in Rheinland-Pfalz getragen. Auf die Idee des verbindlichen Grundwortschatzes sei sie aber erst gekommen, als die AfD in den Landtag eingezogen sei und diesen gefordert habe.

Auf den Einwurf der **Abgeordneten Astrid Schmitt**, sie habe damit bereits vor 25 Jahren gearbeitet, erwidert der **Abgeordnete Joachim Paul**, dies möge so sein, er habe aber leider keine entsprechenden Spuren in den Medien gefunden. Vorher sei ein verbindlicher Grundwortschatz für die SPD-Politik offenbar undenkbar gewesen; und sie hätte ihn einführen können. Die Debatte an dieser Stelle sei seines Erachtens ein Streit um Nichtigkeiten, wichtig sei aber, darauf hinzuweisen, dass diese Maßnahme erst sehr spät eingeführt worden sei.

Eine weitere Idee seiner Fraktion sei der Ausbildungsberuf des Schulverwaltungsassistenten. Die Anhörung habe ergeben – dies könne er als Praktiker bestätigen –, dass die Lehrer mittlerweile keine Zeit mehr hätten, sich um die Schüler zu kümmern. Die Lehrer erstellten Listen und Pläne, was wichtige Verwaltungsaufgaben seien, wollten sich irgendwann aber gerne auch einmal um ihre Schüler kümmern und eine individuelle Förderung anbieten. Die Lehrer müssten deutlich entlastet werden, und wenn ihnen diesbezüglich eine Entlastung zugebilligt werde, könne man im Gegenzug auch von ihnen verlangen, dass sie sich mehr um den Unterricht kümmern, Unterricht und Unterrichtsreihen stärker planen und Unterricht besser gestalteten. Diese Entlastung solle nicht zu mehr Freizeit, sondern zu einer größeren Anspruchshaltung gegenüber einem guten, nachvollziehbaren Unterricht führen.

Anzuhörende Dr. Pikowsky vom Pädagogischen Landesinstitut habe diesen Vorschlag begrüßt. Sie habe bereits in ihrer Stellungnahme auf folgendes Problem hingewiesen: „Die Schulleitungen sind durch die Vielfalt der Aufgaben der letzten Jahre stark gefordert, insbesondere hinsichtlich administrativer Aufgaben. Hiervon müssen sie Entlastung erleben, um sich stärker den vorgenannten pädagogischen Aufgaben der Schul- und Unterrichtsentwicklung widmen zu können.“

In Frankreich bestehe die Schulleitung im Prinzip aus zwei Köpfen, einem Verwaltungsjuristen, der die Verwaltung übernehme, und einem pädagogischen Leiter, der sich um Unterricht und Pädagogik kümmere. In anderen Ländern bestünden also bereits andere Regelungen. Man müsse nicht alles so machen wie in Frankreich. Dort gebe es beispielsweise kein duales Ausbildungssystem, was er für einen sehr großen Nachteil halte. Dies reflektierten die Franzosen auch selbst.

Er würde es begrüßen, wenn sich die Landesregierung auch in diesem Punkt im Sinne der AfD bewegen könnte. Die bisherigen Anstrengungen in Bezug auf Schulverwaltungskräfte und eine Entlastung von administrativen Aufgaben seien jedenfalls völlig ungenügend. In diesem Bereich müsse die Landesregierung wesentlich mehr leisten, um den Lehrern die Möglichkeit zu geben, sich um ihre Schüler zu kümmern und auch eine individuelle Förderung im Klassenverband anzubieten.

Die Anhörung habe seiner Auffassung nach viele Positionen seiner Fraktion bestätigt. Ein Teil ihrer Forderungen sei in seinen Ausführungen bereits deutlich geworden. Im Übrigen verweise er auf die Forderungen der AfD-Fraktion, die sie in ihrem Antrag „Dramatische Ergebnisse des IQB-Bildungstrends: Realitätsverweigerung beenden – Niveauverlust stoppen“, der in der 37. Plenarsitzung am 26. Januar 2023 debattiert worden sei, erhoben habe. An diesen Forderungen halte seine Fraktion selbstverständlich fest. Es liege nun an der Landesregierung, die entsprechenden Forderungen umzusetzen und den Ratschlägen der Experten Folge zu leisten. Dies sei seines Erachtens auch die Aufgabe der Abgeordneten.

Die Anhörung habe sehr viel Substanz gehabt. Es sei wahrscheinlich die beste Anhörung gewesen, die er im Landtag in der Bildungspolitik je erlebt habe. Auch die Organisation sei gut gewesen. Er hebe lobend die Ausschussvorsitzende hervor, die dafür gesorgt habe, dass die Diskussion komprimiert verlaufen sei und die Aufnahmebereitschaft und Aufnahmefähigkeit nicht überstrapaziert worden seien. Er habe sich zahlreiche Forderungen notiert. Wenn diese Anhörung, die im Prinzip vom Steuerzahler bezahlt worden sei, Früchte tragen solle, müssten die konkreten Forderungen auch umgesetzt werden, die Landesregierung müsse sie aufnehmen und zeigen, dass sie das Gesagte ernst nehme

und nicht weitermache wie bisher. Die Aufgabe der Abgeordneten sei es, dies zu begleiten und auch in Zukunft kritische Anmerkungen als konstruktive Impulse in den Ausschuss einzubringen.

Abg. Helge Schwab stellt fest, der Empfänger mache die Botschaft.

Im Rahmen des Anhörverfahrens hätten verschiedene Vertreterinnen und Vertreter aus dem Bildungsbereich Stellung zu den hochaktuellen Ergebnissen des IQB-Bildungstrends genommen. Für die Einordnung und die Anmerkungen der Anzuhörenden wolle er sich herzlich bei jedem Einzelnen bedanken. Es sei selbstverständlich sinnvoll, die jüngsten Zahlen zu besprechen und in Teilen darüber zu diskutieren, ob die Ergebnisse signifikant seien. Dies sollte aber nicht der alleinige Schwerpunkt sein.

Der Bildungstrend lege Defizite in den Bereichen Lesen, Schreiben und Rechnen offen. Daher sei klar, dass gehandelt werden und eine Trendwende eingeläutet werden müsse. Im Rahmen seiner heutigen Auswertung wolle er sich darauf konzentrieren, wie diesen Herausforderungen begegnet werden könne und welche wertvollen Hinweise die Abgeordneten dazu im Anhörverfahren erhalten hätten. Es gelte, ein umfangreiches Paket mit verschiedenen Maßnahmen zu schnüren, um die sogenannten Basiskompetenzen zielgerichtet zu fördern. Aus seiner Sicht bestünden drei wichtige Handlungsfelder.

Erstens fange gute Bildung früh an. Darauf sei mehrfach hingewiesen worden. Schon vor der Grundschule müsse damit begonnen werden. Im Kindergarten spielten die Vermittlung von Kernkompetenzen und die sprachliche Bildung eine besonders wichtige Rolle. Aus diesem Grund müsse der Blick auf den frühkindlichen Bereich und den Übergang in die Grundschule gerichtet werden. Zielführend könne dabei ein verpflichtendes Schuleingangsjahr sein, in dessen Verlauf die Kinder auf die Grundschule vorbereitet würden und die basalen, also die elementaren Kompetenzen gefördert würden.

Zweitens nenne er die Unterrichtsversorgung. Unterricht müsse verlässlich sein. Deshalb stehe er für eine Unterrichtsversorgung von mindestens 105 %, gerne auch 110 %, um die noch immer täglich anzutreffende große Lücke in der Unterrichtsversorgung schließen zu können und den Bedürfnissen der einzelnen Kinder gerecht zu werden.

Drittens stelle das Gutachten der ständigen wissenschaftlichen Kommission der KMK außerdem die förderdiagnostischen Kompetenzen in den Mittelpunkt. Dafür müssten Lehrkräfte gut ausgebildet und professionalisiert sein. Es müsse sichergestellt werden, dass Lehrkräfte nicht nur diagnostizieren, sondern auch konkrete Fördermaßnahmen ableiten und umsetzen könnten. Um bessere Antworten auf die unterschiedlichen Voraussetzungen der Kinder zu finden, benötigten sie ein umfangreiches didaktisches Repertoire. In diesem Zusammenhang nehme er noch einmal Bezug auf die nach dem Bildungstrend 2016 vereinbarten Maßnahmen wie Lesen macht stark, Mathe macht stark und Ohrenspitzer plus. Auch hier stelle sich die Frage, welche Kompetenzen Lehrkräfte benötigten, um die erwähnten Programme wirksam umzusetzen. Eine vollumfängliche Ausbildung und Fortbildungsangebote mit wissenschaftlicher und fachdidaktischer Schwerpunktsetzung seien dabei die zentrale Voraussetzung.

Abg. Jennifer Groß erläutert, auch sie sei sehr dankbar für die Anhörung und jeden Einzelnen, der vorgeschlagen worden sei und aus seiner Perspektive die IQB-Studie beleuchtet habe.

Zunächst wolle sie auf die vielfältigen und zahlreichen Programme und Projekte, die vonseiten der Landesregierung schon in den Jahren 2011 und 2016 angestoßen worden seien, eingehen. Anzuhörende Herr Bajraktari und Herr Lamowski hätten darauf verwiesen, es sei schön und gut, sie hätten viele Stunden im Bildungsministerium verbracht, es seien Projekte dabei herausgekommen, doch letztlich stelle sich die Frage nach deren Wirkung.

Bei vielen der Anzuhörenden, beispielsweise Professorin Dr. Thiel oder Professorin Dr. Stanat, habe sich die Frage herauskristallisiert, wie ein Werdegang eines Kindes letztlich aussehe. Zwar werde getestet und herausgefunden, welche Stärken und Schwächen ein Kind habe, die Frage sei aber, wie dies nachgehalten werde. In diesem Zusammenhang sei beispielsweise die Idee einer Schüler-ID aufgeworfen worden, um den Werdegang wirklich konsequent nachvollziehen, mit den Eltern ins Gespräch kommen und eruieren zu können, welches Kind welches Material benötige, um entsprechend bessere Ergebnisse zu erzielen.

Dies müsse das Ziel hier und heute sein. Das Ergebnis von Rheinland-Pfalz stimme keinen der Anwesenden glücklich. Das Land sollte nicht im Mittelfeld rangieren, sondern tatsächlich an der Spitze stehen. Die Lehrkräfte hätten aber sehr deutlich zum Ausdruck gebracht, dass sie mit der Gesamtsituation in Rheinland-Pfalz nicht erst seit den Jahren 2022 und 2023 und der Corona-Pandemie unzufrieden seien. Sie forderten tatsächlich seit vielen Jahren und Jahrzehnten – berechtigterweise – mehr Bewegung von der Landesregierung.

Der Bereich der Verwaltungsaufgaben werde immer umfangreicher und die Zahl an Gesprächen und Problemfällen nehme zu. Selbstverständlich sei es die Aufgabe jedes Lehrers, sich die Bildungsvita eines Kindes anzuschauen und es nach bestem Wissen und Gewissen zu unterstützen. Wenn immer mehr externe Aufgaben hinzukämen und immer mehr geleistet werden müsse, werde es allerdings schwierig, die eigentliche Kernaufgabe durchzuführen.

Herr Lamowski habe dargelegt, es würden echte multiprofessionelle Teams benötigt. Es dürfe nicht nur an einzelnen Grundschulen passieren, sondern müsse flächendeckend der Fall sein. Klassenleitungen müssten von komplett ausgebildeten Lehrkräften übernommen werden. Außerdem habe er die Forderung nach 110 % – idealerweise sogar 120 % – Lehrerversorgung erhoben, denn wenn nicht genügend Lehrer zur Verfügung stünden, müsse immer wieder geschaut werden, mit welcher Lehrkraft die vielen Unterrichtsverpflichtungen bestritten werden könnten, und dann werde es entsprechend eng, wenn gleichzeitig sämtliche Diagnoseverfahren durchgeführt werden wollten und müssten.

Es sei gut und richtig, dass die Kinder die entsprechenden Arbeiten, beispielsweise VERA, schrieben, allerdings halte sie es dann auch für eine wichtige Aufgabe, dass sie wüssten, dass sie nicht nur punktuell alle paar Jahre einen Test schrieben, sondern auch entsprechend verfolgen könnten, wie sie sich weiterentwickelten. Daher habe sie eingangs auf den Punkt des Nachhaltens von Ergebnissen hingewiesen.

Auch die Probleme im Bereich der Schulsozialarbeit, der allenthalben weiter gefordert und gefördert werde, nähmen zu, und vonseiten der Lehrer bestehe, was vollkommen richtig sei, der Wunsch, sich

mehr auf den Unterricht zu konzentrieren. Daher sehe sich die CDU-Fraktion in ihrer Ansicht bestärkt, dass es auch hier eines deutlichen Aufwuchses bedürfe.

Schließlich wolle sie auf den Bereich der Sprachstandserhebungen zu sprechen kommen. Es sei bekannt, dass Sprache, dass das Lesen und Sprechen mit Kindern nicht mehr in jeder Familie – dies habe nicht nur etwas damit zu tun, dass Kinder oftmals auch einen Migrationshintergrund hätten – so gefordert und gefördert werde, wie es wahrscheinlich noch zu Zeiten ihrer eigenen Kindheit der Fall gewesen sei. Auch der Nutzen von Vorlesen und von Büchern scheine nicht mehr so präsent zu sein. Vor diesem Hintergrund sei die Forderung erhoben worden, dass es gute eineinhalb Jahre vor Eintritt in die Kita – leider gehe auch nicht jedes einzelne Kind in die Kita – Sprachstandserhebungen geben solle, um herauszufinden, in welchem Bereich sich ein Kind bewege und wie es letztlich in der Schule starte, sodass auch dort eine entsprechende Unterstützung geleistet werden könne.

Sie rufe an dieser Stelle einmal mehr dazu auf, dass die Schuleingangsuntersuchungen darauf achten müssten, dass sehr viel mehr im Bereich von Sprache, Sprachstandserhebungen sowie von Lehrkräften in den Kitas getan werden müsse, damit die Basiskompetenzen, die später etwa in den Bereichen Lesen, Sprechen und Schreiben gelegt würden, gut funktionierten. Ihre Fraktion halte weiterhin an der Forderung der Starterklassen fest.

Abg. Daniel Köbler legt dar, er wolle sich in seinen Ausführungen auf das beschränken, was die IQB-Studie tatsächlich untersuche und in der Anhörung besprochen worden sei. Es gehe also um die Bildungsstandards in den Teilbereichen der Fächer Deutsch und Mathematik, die im Jahr 2021 bundesweit gegenüber den Voruntersuchungen abgesunken seien.

Diesbezüglich gelte es zunächst einmal klar festzuhalten – dieser Punkt sei in der Anhörung auch von den beiden Wissenschaftlerinnen hervorgehoben worden –, dass hier eine Kohorte von Schülerinnen und Schülern in den Blick genommen werde, die von ihren vier Grundschuljahren zweieinhalb Jahre unter extremsten und sehr herausfordernden Bedingungen der Pandemie – mit Schulschließungen, Onlinelearning und Hygienekonzepten – in die Grundschule gegangen seien. Das bedeute, sie hätten nicht einmal die Hälfte ihrer Grundschulzeit unter regulären Bedingungen verbracht.

Vor diesem Hintergrund wolle er eine gewisse Zweiteilung vornehmen. Diese Kinder hätten der Gesellschaft sehr viel gegeben, indem sie dazu beigetragen hätten, dass sich dieses Virus nicht noch weiter verbreitet habe, hätten vor allem ältere und gesundheitlich gefährdete Personen geschützt. Daher müsse sich seiner Ansicht nach einerseits angeschaut werden, was mit dieser Kohorte, mit dieser Generation passiere, denn alle Maßnahmen, die nun vielleicht zu Recht diskutiert würden und in der Grundschule ansetzten, um in künftigen IQB-Bildungstrends bessere Ergebnisse zu erzielen, würden diese Kohorte nicht mehr treffen, weil sie mittlerweile in der weiterführenden Schule sei. Diese Differenzierung sei für ihn ein sehr wichtiger Punkt.

Vier Grundschuljahre in einer solchen Situation könnten nicht mit vier „normalen“ Grundschuljahren gleichgesetzt werden. Deswegen seien Programme wie „Aufholen nach Corona für Kinder und Jugendliche“ wichtig, um diese Kompetenzen ein Stück weit nach- und aufzuholen. Gleichzeitig halte er es aber auch für erforderlich, die soziale und psychische Situation dieser Kinder und Jugendlichen zu

betrachten. Er glaube nicht, dass es hilfreich sei, mit diesem Nachholen zusätzlich zum normalen Schulgeschäft noch mehr Druck aufzubauen, sondern man werde ein Stück weit auch damit leben müssen, dass zweieinhalb Jahre pandemische Situation nicht vollkommen spurlos an der Gesellschaft vorübergingen. Seiner Einschätzung nach habe aber ein großer politischer Konsens bestanden, dass es dies wert sei. Es gehe ihm darum, auch ein bisschen die Erwartungshaltung und den Druck aus dieser Generation herauszunehmen. Am Ende würden alle Schülerinnen und Schüler auf dem Arbeitsmarkt benötigt, angesichts des Fachkräftemangels in fast allen Berufsbereichen. An dieser Stelle schließe sich auch der Kreis zu dem, was die Bildungsgewerkschaften ebenfalls gesagt hätten.

Der zweite Aspekt, der in den Blick genommen werden sollte, sei die Frage, was die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends für die Grundschulen im Land bedeuteten. Er fühle sich an Debatten im Bildungsausschuss im Anschluss an die Bestandserhebung aus dem Jahr 2016 erinnert. Dies müsse den Verantwortlichen bundesweit zu denken geben. Hervorheben wolle er aber auch, dass Rheinland-Pfalz im Ländervergleich keineswegs weit unten stehe. Das Gegenteil sei sogar berichtet worden. Er wolle dies nicht allzu lobend hervorheben, damit kein falscher Eindruck entstehe, aber in diesem Landesausschuss sollte auch nicht der Eindruck erweckt werden, Rheinland-Pfalz wäre abgeschlagen hinter allen anderen platziert. Professorin Dr. Stanat habe hingegen noch einmal hervorgehoben, dass sich Rheinland-Pfalz weniger verschlechtert habe als fast alle anderen Bundesländer. Sich in der Analyse nur die Aspekte herauszupicken, die der eigenen Ideologie entsprächen, wäre der Sache nicht angemessen.

Der IQB-Bildungstrend messe sozusagen in einer großen Stichprobe das Erreichen von Bildungsstandards innerhalb des Unterrichts. Dies sei auch das, worauf Professorin Dr. Thiel abgehoben habe. Es gehe nicht darum, die Schülerinnen und Schüler noch mehr individuell zu testen, sondern darum, Instrumente der Bildungsqualitäts- und der Unterrichtsqualitätsentwicklung engmaschiger einzusetzen. Es gehe darum, Unterrichtsqualität kurzfristiger zu messen, um auch Effekte von Programmen kurzfristiger zu messen, um gegebenenfalls nachsteuern zu können. Professorin Dr. Thiel habe ausgeführt, dass möglicherweise auch mithilfe der Digitalisierung Tools entwickelt werden könnten, mit denen die Unterrichtsgestaltung mit Blick auf das Erreichen von Bildungsstandards – auch unterjährig und nicht nur alle fünf Jahre in einer groß angelegten bundesweiten Studie – noch besser gemessen werden könne. Dies sei ein Punkt, an dem seiner Meinung nach weitergearbeitet werden könne.

Spannend sei gewesen, dass bei dem Thema der Sprachkompetenz noch einmal viel Wert auf das Thema „alltagsintegrierte Sprachkompetenz“ gelegt worden sei. Seiner Ansicht nach befinde sich Rheinland-Pfalz diesbezüglich auf einem richtigen Weg.

Auch im frühkindlichen Bereich sei bereits viel unternommen worden. Die Frage, ob es einer noch früheren, also noch weiter vor dem Schuleintritt stattfindenden, systematischen Sprachstandserhebung bedürfe, und welche Möglichkeiten diesbezüglich in Bezug auf die Schuleingangsuntersuchungen, die in den vergangenen Jahren aufgrund der Pandemie teilweise ausgesetzt worden seien, bestünden, müsse aber noch einmal in den Blick genommen werden. Diese Möglichkeiten zu betrachten, fände er spannend, um bereits im vorschulischen Bereich gezielt zu eruieren, wo bei den Kindern mit gewissen Sprachrückständen angesetzt werden könne.

Auch das Thema der Verstärkung der multiprofessionellen Teams sei im Rahmen der Anhörung angesprochen worden. Dies sei auch aus seiner Sicht ein wichtiger Schwerpunkt, den das Land weiter ausbauen sollte.

Der Vorschlag von Professorin Dr. Thiel, die Ressourcenzuteilung noch einmal stärker sozialindexbasiert zu gestalten, um die verfügbaren Ressourcen dort zu kumulieren, wo die sozialen Herausforderungen am größten seien, sei ebenfalls spannend. Dieser Punkt könne und solle noch einmal genauer betrachtet werden.

Das Thema der Fachkräftebesoldung solle als wichtiges Diskussionsthema ebenfalls mit aufgenommen werde, es sei seines Erachtens aber von der Frage zu trennen, wie Bildungsstandards im IQB-Bildungstrend in der vierten Klasse erreicht werden könnten. Mehr und besser bezahlte Lehrer seien immer gut und richtig, dies halte er aber für ein separates Thema.

Abg. Marco Weber führt aus, der einzige Punkt, in dem er mit dem Abgeordneten Paul einer Meinung sei, sei die Einschätzung, dass die Anhörung qualitativ sehr hochwertig gewesen sei. Hinsichtlich der Schlussfolgerungen, die der Abgeordnete Paul in einzelnen Bereichen gezogen habe, stimme er nicht mit diesem überein.

Zunächst nehme er aus der Anhörung mit, dass es für die FDP-Fraktion wichtig sei, noch einmal verstärkt mit den Verbänden in den Austausch zu treten. Die Aussagen von Herrn Lamowski und Herrn Bajraktari im Rahmen der Anhörung hätten ihn persönlich dazu bewogen, noch einmal mit den Verbänden zu sprechen, da sich die Ausführungen dieser beiden Anzuhörenden nicht immer direkt mit der Auswertung des IQB-Bildungstrends auseinandergesetzt, sondern sich intensiver mit der aktuellen Schulpolitik beschäftigt hätten.

Anzuhörende Dr. Pikowsky vom Pädagogischen Landesinstitut habe einige wichtige Vorschläge gemacht, die er für seine Fraktion noch einmal in den Blick nehmen wolle. Dies seien der Ausbau der datengestützten Strategie, der Übergang von der Kita in die Grundschule bzw. der Übergang von der Grundschule auf die weiterführende Schule, die Einschulungsuntersuchungen, der systematische Ausbau der Schulsozialarbeit sowie die Entlastung der Schulleitungen.

Diese Punkte seien seiner Fraktion wichtig und sollten im Ausschuss sowie in der politischen Arbeit der Abgeordneten im Blick behalten werden, und entsprechende Veränderungen sollten diskutiert werden. Hinsichtlich der Punkte, die er genannt habe, sei für seine Fraktion der fortlaufende Prozess von großer Bedeutung. Das Bildungsministerium habe nach der Corona-Pandemie bereits Maßnahmen angestoßen. Er wolle die Corona-Pandemie nicht noch einmal ausführlich als Begründung dafür darstellen, dass eine besondere Situation vorgelegen habe. Es sei eine besondere Situation gewesen, was als Impuls dafür genommen werden sollte, die richtigen Schlüsse daraus zu ziehen und die von Dr. Pikowsky eingebrachten Punkte, die er für sehr wichtig halte, künftig fortlaufend in die Arbeit des Ausschusses und die politische Arbeit als FDP-Fraktion einzubringen.

Staatssekretärin Bettina Brück erläutert, auch wenn sie selbst der Anhörung nicht beigewohnt habe, habe sie sich selbstverständlich mit ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern intensiv mit dem Thema

beschäftigt, intensiv die Vorlagen und das Protokoll gelesen und stehe auch in anderen Gremien mit diversen Personen, die zum Teil auch angehört worden seien, in Kontakt. Daher wolle sie im Folgenden auch einige Punkte zu der Anhörung aus der Sicht der Landesregierung ansprechen.

Zunächst danke sie den Abgeordneten dafür, dass sie sich die Zeit genommen hätten, sich dieses sehr facettenreichen Themas intensiv anzunehmen. Durch die Anhörung sei deutlich geworden, dass die Fragen von Unterrichtsentwicklung und Unterrichtsqualität im Zentrum dessen stünden, was dazu führe, dass Rheinland-Pfalz in der Entwicklung der Kompetenzniveaus von 2016 bis 2021 gemeinsam mit Hamburg und Bremen stabile Ergebnisse aufweise, der Negativtrend, der sich von 2011 zu 2016 gezeigt habe, also gestoppt sei. Allerdings sei die Landesregierung selbstverständlich – das habe sie immer zum Ausdruck gebracht – mit den Ergebnissen des IQB-Bildungstrends nicht zufrieden und sei sich bewusst, dass weitere Anstrengungen unternommen werden müssten, damit möglichst alle Kinder die Mindeststandards in der Grundschule erreichten.

Dafür seien bereits einige Maßnahmen ergriffen worden. Dies geschehe im Einklang mit allen Beteiligten in der Grundschule. Die Ergebnisse, die jetzt erreicht worden seien, stellten das Resultat eines großen Kraftakts auch der Schulen, Schulgemeinschaften, Schulleitungen, Lehrkräfte und der Schülerinnen und Schüler dar. Sie hätten bereits Vieles unternommen und nun diese Leistungen in der Erhebung von 2021 gezeigt. Die Maßnahmen in der Grundschule, die nach dem Bildungstrend 2016 in einer großen Runde mit allen Beteiligten gemeinsam auf den Weg gebracht worden seien, zeigten nun erste Wirkungen. Manchmal brauche es eine Weile und einige Schritte, bis die entsprechenden Verbesserungen einsetzten.

Der Abgeordnete Paul habe seine Fraktion als Urheber des Grundwortschatzes dargestellt. Dazu weise sie darauf hin, dass diese Maßnahme einer intensiven Vorbereitung bedurft habe und die Planungen daher bereits weit vor der Einführung begonnen hätten. Außerdem sei dies kein neuer Aspekt, der in die Debatte eingebracht worden sei.

Wichtig sei aus ihrer Sicht, dass der Übergang von der Kita in die Grundschule noch einmal gemeinsam betrachtet werde und gemeinsam intensive Anstrengungen unternommen würden. Diesbezüglich befänden sich bereits viele Projekte auf dem Weg. Ferner sei von großer Bedeutung, dass in den Schulen diagnosegestützte Förderinstrumentarien vorhanden seien. Das regelmäßige Messen, von dem die Wissenschaftlerinnen in der Anhörung gesprochen hätten, dürfe aber nicht mit der Leistungsmessung etwa mithilfe von Arbeiten oder Diktaten verwechselt werden. Im Land stünden diagnosegestützte Instrumentarien zur Verfügung, etwa VERA, ILeA plus oder KERMIT. Auch die bereits ergriffenen Maßnahmen wie Mathe macht stark und Lesen macht stark lieferten ganz besondere Hinweise dazu, wie man in der Unterrichtsentwicklung weiter vorankommen könne.

Ganz aktuell könne zudem das große Programm „Mit Kindern im Gespräch“ zur alltagsintegrierten Sprache, das durch die Bund-Länder-Initiative „Bildung in Sprache und Schrift“ aufgelegt worden sei, allen Grundschulen kostenlos zur Verfügung gestellt werden, und diese Materialien könnten dann auch intensiv für weitere Einsätze genutzt werden. Dieses Programm sei für den wichtigen Punkt des Zuhörens von großer Bedeutung. Daneben würden in Zusammenarbeit mit dem Pädagogischen

Landesinstitut und der Universität Trier Podcasts entstehen, um sich dem Thema „Hörverständnis“ noch einmal intensiver zu widmen.

Neben den bereits erwähnten Programmen werde es weitere Programme geben, die zum Teil auf Bund-Länder-Ebene angelegt seien, wie das QuaMath-Programm, mit dem die Unterrichts- und Fortbildungsqualität im Fach Mathematik unter wissenschaftlicher Begleitung besonders ausgeweitet werde. Auch das Programm „Mit Kindern im Gespräch“ finde unter wissenschaftlicher Begleitung statt, und zwar unter rheinland-pfälzischer wissenschaftlicher Begleitung von Professorin Dr. Gisela Kammermeyer aus Landau. Das Land verfüge also auch auf diesem Sektor über bundesweite Kompetenzen, die es einbringen könne.

Ebenfalls erwähnen wolle sie die sonstigen Unterstützungsprogramme des Landes. Es bestünden vielfache Möglichkeiten, über Schulsozialarbeit, über FSJ-ler in der Schule, über Schulgesundheitsfachkräfte, die in einem Modellprojekt eingesetzt würden, und ab dem nächsten Schuljahr im Rahmen eines Modellprojekts über die Familiengrundschulzentren, um gerade Schulen in herausfordernder Lage noch einmal besonders zu unterstützen. Dies alles seien Dinge, die unterstützend eingebracht oder implementiert würden, um beim nächsten IQB-Bildungstrend weitere gute Ergebnisse und bessere Ergebnisse zu erzielen. Die Landesregierung sei zuversichtlich, dass dies mit dem Engagement der gut ausgebildeten Lehrkräfte im Land weiter Früchte tragen werde.

Die Landesregierung habe eine Erhebung durchgeführt, um herauszufinden, wie viele rheinland-pfälzische Grundschulklassen nicht von grundständig ausgebildeten Grundschullehrkräften geleitet würden. Das Ergebnis sei, dass von rund 8.000 Klassen 155 – also keine 2 % – von Personen geleitet würden, die keine grundständig ausgebildeten Grundschullehrkräfte seien, die zum Teil aber ein zweites Staatsexamen in einem anderen Lehramt absolviert hätten. Es sei also ein sehr geringer Anteil von Personen dabei, die anders qualifiziert seien. Insofern lasse sich auch sagen – darauf habe das Land großen Wert gelegt –, dass die Klassenleitungen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften besetzt seien. Aufgrund von Krankheit, Elternzeit, der momentanen Situation, auch der Situation nach der Pandemie – Abgeordneter Köbler habe es noch einmal explizit dargestellt – sei man zum Teil auch auf Vertretungskräfte angewiesen, um den Unterricht weiter sicherzustellen. Das tue die Landesregierung, und sie sei sehr froh, dass sie alle Planstellen mit grundständig ausgebildeten Lehrkräften habe besetzen können und eine ausreichende Zahl von diesen zur Verfügung stehe.

Der Teilrahmenplan Deutsch schließe explizit Unterricht nach einseitigen Unterrichtsmethoden aus. Im Gegenteil, die Grundschullehrkräfte im Land arbeiteten mit einer großen Methodenvielfalt und ohne einseitigen Fokus auf irgendeine Methode. Es gebe keine bestimmten Methoden, zu denen sie gezwungen würden, und in dem Rahmenlehrplan würden auch keine Methoden genannt. Insofern brächten die Lehrkräfte den Kindern ganz individuell, auf die jeweilige Situation angepasst, mit einer großen Methodenvielfalt und aus einer großen Professionalität heraus das richtige Rechtschreiben bei. Selbstverständlich werde auch gerade bei der Frage des Grundwortschatzes darauf geachtet, dass Fehler vollständig korrigiert würden und der Fehlerkultur eine besondere Bedeutung zukomme.

Die Landesregierung gehe davon aus, dass durch die bereits eingesetzten Maßnahmen, die einer ständigen Überprüfung unterzogen würden, sowie weitere noch zu ergreifende Maßnahmen beim

nächsten IQB-Bildungstrend weiter bessere Ergebnisse erzielt würden, da dies auch dem Selbstverständnis der gut ausgebildeten rheinland-pfälzischen Lehrkräfte entspreche.

Abg. Helge Schwab greift die Aussage von Staatssekretärin Brück auf, das Land verfüge über eine ausreichende Zahl grundständig ausgebildeter Lehrkräfte, und widerspricht dieser sehr deutlich. Wenn dies tatsächlich der Fall wäre, würden keine PES-Kräfte benötigt. Egal welche Schule er besuche – seien es Förderschulen, Grundschulen, Realschulen plus, Gymnasien oder berufsbildende Schulen –, überall würden PES-Kräfte benötigt, um die Unterrichtszeiten abzudecken. Wenn die Landesregierung weiterhin bei ihrer Einschätzung bleibe, 100 % seien ausreichend, irre sie sich. Um auch Ausfälle kompensieren zu können, brauche es 105 % oder besser noch 110 %.

Abg. Jennifer Groß stellt dar, es werde ganz klar eine systemische Veränderung benötigt. Es brauche mehr Personal, es brauche genau das, worin sich die Anzuhörenden einig gewesen seien, nämlich eine wirkliche Entlastung für Schulleitungen im Bereich der Verwaltungsaufgaben, und es brauche entsprechende Lehrkräfte auch im Kita-Bereich, um auch dort wirklich auf die Sprachkompetenz einzugehen. Staatssekretärin Brück habe soeben selbst den Übergang von der Kita in die Grundschule angesprochen. Ausweislich der IQB-Studie habe Rheinland-Pfalz mäßig abgeschnitten. Die Schlagworte der Förderung und Evaluation seien auch von den Anzuhörenden oft genannt worden.

Für sie stelle sich aber die Frage, wie der Ausschuss heute auseinandergehe. Werde gesagt, es existierten Programme, man hoffe, dass diese griffen, es würden Podcasts und vieles Weitere erstellt, und man hoffe darauf, dass das Land bei der nächsten IQB-Studie besser abschneiden werde, oder werde sich nun tatsächlich angeschaut, was die Lehrkräfte dem Ausschuss mit auf den Weg gegeben hätten. Abgeordneter Schwab habe dargelegt, es würden keine PES-Kräfte, KAPOVAZ- und sonstigen Verträge benötigt, wenn die entsprechenden Lehrkräfte vorhanden wären.

Es stelle sich also die Frage nach dem grundsätzlichen Vorgehen. Lasse man das Ganze an sich vorüberziehen und mache nichts, oder werde man als Bildungsausschuss aktiv. Zu Letzterem sei sie sofort bereit.

Abg. Joachim Paul legt dar, die Aussage von Staatssekretärin Brück, die Ergebnisse seien stabil, könne er so nicht stehen lassen. Rheinland-Pfalz habe sich weniger verschlechtert als andere Länder, aber in einem Gesamtsetting, das fragwürdig sei und im Prinzip Zweifel an der Zukunftsfähigkeit des Bildungssystems im Land aufkommen lassen müsse. Insofern sei die Diskussion nicht mit dem Verweis auf stabile Ergebnisse zu beenden. Der Erkenntnis, dass nicht eine Ministerin dies zu verantworten habe, und auch nicht 16 Minister die Verantwortung trügen, sondern es sich um einen allgemeinen gesellschaftlichen Trend handele, verweigere sich seine Fraktion nicht. Seines Erachtens könne Rheinland-Pfalz aber gegensteuern.

Im Rahmen dieser Auswertung der Anhörung habe er bislang eine Katalogisierung aller erhobenen Einzelforderungen vermisst. Dies mahne er an. Die Abgeordneten hätten eine sehr akribische Nachbereitung vorgenommen, und er vermisse im Prinzip konkrete Angaben darüber, wie die Einzelforderungen der Experten aufgegriffen und umgesetzt werden sollten. Seiner Meinung nach müsse diesbezüglich noch erheblich nachgeschärft werden.

Staatssekretärin Brück habe berichtet, dass mithilfe einer eigenen Erhebung ermittelt worden sei, wie viele Klassen von entsprechend weniger qualifizierten Personen geleitet würden. Diesbezüglich gelte es noch einmal nachzufragen. Das Ergebnis überrasche ihn. Aus der Praxis seien ganz andere Töne zu hören gewesen, die er ebenfalls für substanziell wichtig halte.

Das Thema „Einwanderung“ komme bei der Landesregierung quasi überhaupt nicht vor. Der Abgeordnete Köbler habe ausgeführt, im Prinzip stelle diese Zuwanderung gerade in den Bildungsbereich, die das Land erfahre, die Grundlage dafür dar, den Fachkräftemangel zu beheben. Seiner Überzeugung nach sei dies ein Köhlerglaube. Das Thema der KI sei bereits im Landtag debattiert worden. Das Land stehe vor schwerwiegenden Umwälzungen der Arbeitswelt. Viele redundante Routinetätigkeiten im unteren Dienstleistungsbereich würden wegfallen. Er glaube nicht, dass die Rechnung, zu sagen, aufgrund dieses Influxes von Menschen brauche man sich keine Gedanken mehr um die Fachkräftesicherung zu machen, aufgehen werde. KI werde bald Einzug in die Arbeitswelt halten, und daher gelte es sich damit auseinanderzusetzen, dass die Arbeitswelt eine ganz andere sein und vielleicht ganz andere Qualifikationen erfordern werde, was es auch in der Einwanderungspolitik zu berücksichtigen gelte.

Abg. Sven Teuber stellt fest, der Abgeordnete Paul habe soeben implizit Migrantinnen und Migranten mit Geringqualifizierten gleichgesetzt, indem er ausgeführt habe, da die einfachen Beschäftigungen wegfielen, werde Zuwanderung nicht mehr benötigt, weil anders qualifizierte Jobs ausgefüllt werden müssten. Seiner Auffassung nach sei dieser Kurzschluss falsch und sage bereits alles über die Vorstellung aus, die der Abgeordnete Paul von Einwanderung habe.

Die Debatte über Künstliche Intelligenz habe tatsächlich gezeigt, dass es einer Strategie bedürfe, die immer wieder um andere Module und Maßnahmen angereichert werde. Das bedeute, es brauche nicht darauf gehofft werden, wie die Abgeordnete Groß es ausgedrückt habe, dass Ergebnisse erzielt würden. Dies wäre, seiner Auffassung nach, allen Beteiligten zu wenig. Jeden Tag arbeiteten Menschen hart daran, dass diese Strategie tatsächlich umgesetzt werde, und dies gelte es wertzuschätzen. Die Strategie müsse aber ergänzt werden. So ergäben sich durch eine KI beispielsweise ganz andere Möglichkeiten, bei dem Thema der Lernstände Schülerinnen und Schüler vielleicht auch viel individueller zu fördern, entwicklungsabhängiger in einer Förderung zu bestärken und Lernstände zu erfahren, um tatsächlich auch selbst Förderentwicklungen oder eigene Entwicklungen zu erkennen.

Mit der Zusammenfassung und dem impliziten Rückschluss der Abgeordneten Groß, die Landesregierung hoffe nur und tue nichts, würdige sie mindestens drei der weiblichen Anzuhörenden nicht und berücksichtige auch nicht die Ausführungen von Staatssekretärin Brück. Es sei deutlich gemacht worden, dass seit 2016 Maßnahmen ergriffen würden und stets weitere Maßnahmen diese Strategie ergänzten. Dr. Pikowsky habe deutlich aufgezeigt, dass auch das digitale Kompetenzzentrum und Fragen des Weiter- und Fortbildungsausbaus hinsichtlich Diagnoseverfahren verstärkt worden seien und dies auch weiterhin würden.

Professorin Dr. Stanat und Professorin Dr. Thiel hätten beide noch einmal dargestellt, dass sich Rheinland-Pfalz im Ländervergleich nicht verschlechtert habe. Wenn sich das Land nicht verbessert, aber

auch nicht verschlechtert habe, könne dies für ihn nichts anderes bedeuten, als dass es stabil geblieben sei. Der IQB-Bildungstrend sei faktisch erst einmal nichts anderes als ein Vergleich der Länder.

Es sei erfreulich, dass in diesem Raum Einvernehmen dahin gehend zu bestehen scheine, dass das gemeinsame Ziel sei, den Anteil derjenigen zu reduzieren, die die Mindeststandards nicht erreichten. Genauso müsse der Anteil derjenigen, die keinen Schulabschluss hätten, reduziert werden. Um dies zu erreichen, brauche man nicht zu hoffen oder zu glauben, sondern im Endeffekt gelte es, die Maßnahmen ein- und Gelder bereitzustellen. Als es um mehr Gelder für die Stärkung der Kernkompetenzen gegangen sei, habe die Opposition aber nicht ihre Zustimmung erteilt. Auch dem Entschließungsantrag seiner Fraktion sei nicht zugestimmt worden.

Zu behaupten, die Landesregierung tue nichts, sei relativ einfach. Wenn es aber darum gehe, diejenigen zu stärken, müssten mehr Stellen im Haushalt und mehr Gelder für Maßnahmen realisiert werden. Es bestehe eine Strategie, mit der das Ziel – auch im Sinne von Dr. Pikowsky, Professorin Dr. Stanat und Professorin Dr. Thiel – mit einem langen Atem erreicht werden solle. Es gelte, die Situation in zwei oder drei Jahren erneut zu betrachten und dann die weitere Entwicklung miteinander zu diskutieren.

Abg. Helge Schwab erwidert auf die Ausführungen des Abgeordneten Teuber, wenn die SPD-Fraktion solche Anträge zur Einzelabstimmung stellen würde, könnten andere Fraktionen ihnen theoretisch auch zustimmen. Wenn über derartige Anträge aber en bloc abgestimmt werde gemeinsam mit Dingen, denen andere Fraktionen einfach nicht zustimmen könnten, dann brauche sich nicht gewundert werden, wenn zu diesem Block keine Zustimmung erfolge. Vor diesem Hintergrund sehe er die Äußerung des Abgeordneten Teuber soeben als etwas populistisch an. Sie trage außerdem nichts zur Sache bei.

Abg. Sven Teuber entgegnet, der Entschließungsantrag, der sich genau auf den Punkt der Kernkompetenzen bezogen habe, sei solitär abzustimmen gewesen. Demnach hätten ihm andere Fraktionen zustimmen können, wenn sie es gewollt hätten. Seine Äußerung sei nicht populistisch gewesen. Bezogen auf den Gesamthaushalt könne er die Argumentation des Abgeordneten Schwab nachvollziehen, er habe sich aber auf den Entschließungsantrag bezogen, in dem diese Maßnahmen dargestellt worden seien. Auch zu diesem sei leider keine Zustimmung erteilt worden.

Staatssekretärin Bettina Brück weist die Aussage von sich, die Landesregierung hoffe etwas und tue nichts. Im Gegenteil, sie widme sich sehr intensiv der Aufgabe, die Unterrichtsqualität und die Unterrichtsentwicklung zusammen mit den Lehrkräften zu verbessern. Dabei richte sie ihr Augenmerk explizit auf die Maßnahmen, die sich ganz unmittelbar auf den Unterrichtsalltag auswirkten. Diese Maßnahmen habe sie bereits beschrieben, und diese würden auch systematisch weiter ausgebaut. Gerade diese systematische Betrachtung halte sie für sehr wesentlich und wichtig, und es würden insbesondere auch noch einmal die Schülerinnen und Schüler in den Blick genommen, die unter besonders herausfordernden Bedingungen lernen müssten, um die Situation weiter zu verbessern. Die Maßnahmen, die sie aufgrund mangelnder Zeit an dieser Stelle nicht alle aufzählen könne, die aber auch mit den Abgeordneten bereits in unterschiedlichen Kontexten besprochen worden seien, seien Teil eines großen Komplexes.

Die Aussage des Abgeordneten Schwab, wenn es eine Unterrichtsversorgung von mehr als 100 % gäbe, würden keine PES-Kräfte benötigt, werde stets wiederholt. Zum einen umfasse die Unterrichtsversorgung den Pflichtunterricht plus den Förder- und Differenzierungsunterricht. Wenn ausschließlich der Pflichtunterricht betrachtet werde, liege die Versorgung also bereits bei über 100 %. Zum anderen würde sie ihre Hand dafür ins Feuer legen, dass das Land, auch wenn es noch so viele zusätzliche Stellen in das System hineingebe, nicht umhinkommen würde, Vertretungslehrkräfte und PES-Lehrkräfte trotzdem bei temporärem Unterrichtsausfall und anderen Situationen – Ausfall durch Krankheit, Ausfall durch Elternzeit, Ausfall durch andere Maßnahmen, beispielsweise Schulausflüge oder Fortbildungen – für befristete unterrichtliche Tätigkeiten einzusetzen. Diese Fälle werde es immer geben. Aus diesem Grund verfügten Schulen über ein Vertretungskonzept und bestehe die Möglichkeit, für kurzfristige temporäre Situationen Verträge abzuschließen.

Darüber hinaus sei dieses Portal jetzt auch genutzt worden, um zum Beispiel die Maßnahmen für „Aufholen nach Corona“ mit auf den Weg zu bringen. Es gebe also vielfältige Gründe, warum dies so sei. Nichtsdestotrotz existiere ein großer Vertretungspool von 1.725 Stellen mit verbeamteten Stellen, die im Vertretungssystem eingesetzt würden. Selbstverständlich sei immer mehr denkbar, dann müsse man das aber auch verantwortungsvoll umsetzen können.

Die Anträge sind erledigt.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Unterrichtung des Landtags durch die Landesregierung gemäß Artikel 89 b der Landesverfassung und der Vereinbarung zwischen Landtag und Landesregierung hier: Verwaltungsvereinbarung zur Durchführung des Gesetzes über Finanzhilfen des Bundes zum Ausbau ganztägiger Bildungs- und Betreuungsangebote für Kinder im Grundschulalter (Investitionsprogramm Ganztagsausbau)

Unterrichtung gem. Art. 89 b LV i. V. m. der hierzu geschlossenen Vereinbarung
Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/3249](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Der Ausschuss nimmt Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Fachkräftekampagne Kindertagesbetreuung

Antrag nach § 76 Abs. 4 GOLT

Ministerium für Bildung

– [Vorlage 18/3127](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, die Fachkräftekampagne zur Kindertagesbetreuung stelle einen Pfeiler der Bemühungen der Landesregierung dar, Fachkräfte für die Kitas zu gewinnen und dort zu halten. Ziel sei, die Kommunen dabei zu unterstützen, ein bedarfsgerechtes Kindertagesbetreuungsangebot in den Kindertagesstätten zu gewährleisten, um sowohl Bildungsangebote für die Kinder sicherzustellen als auch die Berufstätigkeit der Eltern dadurch zu sichern, dass sie ein verlässliches Angebot hätten. Die Fachkräftekampagne sei darüber hinaus ein fester Bestandteil der Fachkräftestrategie der Landesregierung zur Gewinnung von Fachkräften im Bereich der Erziehungsberufe. Außerdem werde durch sie selbstverständlich auch eine Vorgabe aus dem Koalitionsvertrag umgesetzt.

Die Fachkräftekampagne sei sicherlich im Kontext vieler anderer Maßnahmen des Landes zu sehen. Beispielhaft zu nennen seien der Ausbau der Ausbildungsplatzkapazitäten an den Fachschulen, die Möglichkeit des Einsatzes von Vertretungskräften – nun verlängert bis zum Jahr 2028 –, die Fachkräfteverordnung, die noch weitere Berufsgruppen, die in der Kindertagesstätte arbeiten könnten, umfasse, und das Aktionsforum Fachkräftesicherung, in dem sich die Mitglieder des Kita-Tags der Spitzen miteinander verpflichtet hätten, zu schauen, was jeder in seinem Verantwortungsbereich tun könne, um Fachkräfte zu halten und neue Fachkräfte zu gewinnen.

Für die Fachkräftekampagne sei eine europaweite Ausschreibung durchgeführt worden. Es sei eine Agentur gewonnen worden, die Brand Factory, die die Fachkräftekampagne mit konzipiere und umsetze. Diese Agentur habe bereits Erfahrung in der Arbeit für öffentliche Auftraggeber gewinnen können.

Bevor die Kampagnenstrategie und der Kampagnenplan feststünden, müsse bei einer Fachkräftekampagne eine Analyse erfolgen, worauf es im Wesentlichen ankomme. Dazu seien in der Entwicklung der Kampagne Zielgruppengespräche durchgeführt worden, weil eine realistische Kampagne angestrebt worden sei, die die Besonderheiten und Herausforderungen, aber auch die Bedeutung und die Schönheit des Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers herausstelle. Dazu seien Interviews mit den Vertreterinnen und Vertretern des Kita-Tags der Spitzen, mit dem Kitafachkräfteverband und mit Trägern, insgesamt 20, geführt worden. Außerdem hätten Fokusgruppengespräche mit Erzieherinnen und Erziehern sowie Leitungskräften stattgefunden, um herauszufinden oder sich von den Experten noch einmal bestätigen zu lassen, worauf es bei der Fachkräftekampagne am Ende ankomme, damit sie erfolgreich sei. Schließlich sei eine Onlinebefragung von 200 Fachkräften und 200 Personen der Generation Z, also den Menschen, die als künftige Fachkräfte gewonnen werden sollten, durchgeführt worden, sodass auch Schülerinnen und Schüler involviert gewesen seien. Es hätten aber auch Vertreterinnen und Vertreter aus den Fachschulen an der Befragung teilgenommen.

Auf diese Weise sei ein Stimmungsbild gewonnen worden, welches in die Kampagnenstrategie eingeflossen sei. Das Ergebnis der Marktforschung, die für eine Kampagne üblich sei, sei eine sehr zielgerichtete, realistische Kampagne. Es seien realistische typische Situationen in Mainzer Kindertagesstätten fotografiert worden, mit real existierenden Fachkräften, Kita-Kindern und Eltern. So gelinge es, ein realistisches Bild des Kita-Alltags abzubilden. Entstanden sei ein Bild der vielfältigen, intellektuell, emotional, aber auch körperlich fordernden Arbeit in der Kindertagesstätte, ein Bild des vielseitigen, ernstzunehmenden und anspruchsvollen Berufs der Erzieherin bzw. des Erziehers. Dies sei ihrer Meinung nach sehr wichtig, damit die Kampagne auch von innen heraus getragen werde und hohe Zustimmungswerte erziele, also auch die Erzieherinnen und Erzieher diese Kampagne als wichtig und unterstützend für ihre Arbeit wahrnehmen.

Der Slogan der Kampagne laute „Werde Erzieherin oder Erzieher.“ Auch wenn dieser vielleicht etwas offensichtlich erscheine, sei er aus einer vielfältigen Abfrage dazu, was Menschen in diesem Bereich anspreche, welche die Zielgruppe sei und was das sichtbar mache, entstanden. Die Fachkräftekampagne werde auf einer eigenen Webseite gebündelt, auf der die vielfältigen Möglichkeiten der Berufsausbildung dargestellt würden, ebenso wie die Möglichkeiten, im Beruf zu arbeiten, die Fortbildungsmöglichkeiten sowie die Aufstiegsmöglichkeiten. Dies alles werde auf der Webseite zur Orientierung und Aufklärung erwähnt.

Aktuell seien im Land die Großflächenplakatierungen auf Großflächen, als City-Light-Plakate sowie an Bussen oder Straßenbahnen zu sehen. Auf Facebook und Instagram laufe eine unterstützende Social-Media-Kampagne, und selbstverständlich werde es auch im weiteren Verlauf Veröffentlichungen in den Printmedien und Auftritte auf Messen und Events geben, sodass mit der Kampagne aktiv geworben werde.

Aus Sicht der Landesregierung biete diese Kampagne die besten Voraussetzungen dafür, wirkungsvoll neue Fachkräfte für die Kindertagesstätten im Land anzuwerben. Es betreffe aber nicht nur Kindertagesstätten, sondern den sozial-erzieherischen Bereich insgesamt, denn auch später beim Rechtsanspruch Ganztags würden vermehrt Erzieherinnen und Erzieher benötigt. Sie würden in der Jugendhilfe und in vielen anderen Bereichen gebraucht, sodass die Kampagne hoffentlich einen großen Mehrwert bringen werde.

Sie habe einige Plakate der Kampagne mitgebracht, die sie nun gerne herumgehen lasse, damit sich die Abgeordneten einen Eindruck verschaffen könnten.

(Plakate der Fachkräftekampagne Kindertagesbetreuung werden herumgegeben)

Abg. Thomas Barth führt aus, Staatssekretärin Brück habe zuletzt in der 14. Sitzung des Ausschusses für Bildung am 7. Oktober 2022 über die Fachkräftekampagne des Landes berichtet. Abgesehen von dem Slogan, über den man streiten könne, eine Onlinebefragung von 200 Personen, Generation Z und Online-Kampagne habe er nun keinen großen neuen Erkenntnisgewinn erlangt.

Seine Fraktion halte ihre Kritik aufrecht, dass die Kampagne eigentlich zu spät komme und man diese Kampagne in der Vorschaltung eines Gesetzes, das 1.600 neue Stellen generiere, hätte umsetzen

müssen, um dann diese 1.600 Stellen möglichst zeitnah besetzen zu können. Einerseits sei die tagtägliche Misere, die man aus vielen Kitas landesweit mitbekomme, dass Personal fehle, eine Tatsache. Andererseits sei die Kampagne, die sicherlich richtig sei, aber natürlich mit einem ganz anderen Wunschdenken und Anspruch verbunden. Vor diesem Hintergrund frage er zunächst, inwieweit die Kampagne auch diesen Widerspruch abdecke. Selbstverständlich würden Erzieherinnen und Erzieher benötigt, das sei völlig unbestritten, und bestehe der Wunsch, alle Häuser voll zu bekommen, de facto sei dies aber nicht der Fall. Die Arbeitsbedingungen seien in der Realität also völlig andere.

Ebenfalls von Interesse sei, auf welchen Zeithorizont die Kampagne ausgelegt sei.

Staatssekretärin Brück habe im Rahmen ihres Berichts den Ausbau der Ausbildungskapazitäten an den Fachschulen angesprochen. Er frage, ob diesbezüglich eine Zahl genannt oder, falls dies nun nicht möglich sei, nachgeliefert werden könne.

Schließlich habe Staatssekretärin Brück heute und bereits in der Ausschusssitzung am 7. Oktober 2022 das parallel laufende Aktionsforum Fachkräftesicherung und -gewinnung, bei dem es um die Frage der strategischen Ausrichtung für den Beruf gehe, angesprochen. Er erkundige sich, ob diesbezüglich bereits Ergebnisse vorlägen, falls dem so sei, welche dies seien, und falls dem nicht so sei, bis wann mit Ergebnissen gerechnet werde.

Abg. Sven Teuber legt dar, wenn man der Logik des Abgeordneten Barth folge, hätte es eigentlich gar keiner Kampagne bedurft, schließlich könne er sich noch gut an die Unkenrufe der CDU-Fraktion erinnern, dass dieses Gesetz keine zusätzliche Stelle schaffen werde. Nun seien 1.600 zusätzliche Stellen geschaffen worden, und jetzt werde sich beklagt, die Kampagne komme zu spät. Es sei einfach, sich als Opposition die Welt so zu drehen, wie man sie brauche. Wäre die Opposition aber so ernst genommen worden, dass man tatsächlich erst einmal davon ausgegangen wäre, dass die Zahl der Stellen stabil bleiben und nicht steigen würde, dann wäre es eine Verschwendung von Steuermitteln gewesen, bereits vorzeitig eine Kampagne zu planen.

Er erinnere sich auch an unzählige kleine Anfragen von Abgeordneten der CDU-Fraktion, mit denen vergeblich habe gezeigt werden sollen, dass es zu keinem Stellenaufwuchs komme. Er sei dankbar für diese Anfragen gewesen, da er so habe nachlesen können, welche Stellenmehrungen in den Kitas erfolgt seien. Seine Fraktion sei froh, dass es diesen Stellenaufwuchs geben werde. Selbstverständlich bestehe nun auch ein Fachkräftebedarf. Auf diesen klaren Fakt sei mit dieser Kampagne reagiert worden, für die die Fraktionen der regierungstragenden Koalition gerne Mittel in den Haushalt eingestellt hätten.

Der Frage des Abgeordneten Barth, auf welchen Zeitraum die Kampagne angelegt sei, schließe er sich an. Es werde Zeit benötigt, um diesen Mangel überhaupt ausgleichen zu können. Als das Gesetz beschlossen worden sei, sei gesellschaftlich sicherlich auch in vielen Kreisen des Landes noch nicht angekommen gewesen, dass sich die Realitäten von Familien mit dem Rechtsanspruch auf Ganztagsförderung, den noch die Große Koalition verabschiedet habe und der nun in die Umsetzung gelange, weiterentwickelt hätten, und sowohl der Bedarf der Eltern als auch der Bedarf an Fachkräften weiter steigen werde.

Daher stelle sich die Frage, wie sich die dafür vorrangig zuständigen Kommunen aufstellten, um diesem Bedarf gerecht zu werden. Es sei zu begrüßen, dass das Land die Kommunen bei ihrer Personalgewinnung unterstütze. Er bitte um Auskunft, ob den kommunalen Spitzenverbänden noch einmal dargestellt und mit ihnen diskutiert worden sei, dass diese Kampagne umgesetzt werde. Daran schließe sich die Frage an, wie die Kampagne aufgenommen worden sei und welches Echo sie, auch beim Kita-Tag der Spitzen, hervorgerufen habe. Dies sei ein interessanter Aspekt, da Aktivitäten vor Ort unterstützt werden sollten.

Schließlich erkundige er sich, wie sich die Ausbildungskapazitäten und -möglichkeiten in den vergangenen Jahren entwickelt hätten, damit Menschen, die tatsächlich eine solche Ausbildung absolvieren wollten, nicht auf eine Warteliste gesetzt würden, sondern direkt mit der Ausbildung beginnen könnten. Seiner Auffassung nach sollte nur für etwas geworben werden, wenn die Türen dann auch offen stünden.

Abg. Thomas Barth erwidert auf die Ausführungen des Abgeordneten Teuber, was die Opposition während der Genese des Gesetzes getan habe, sei das eine. Fakt sei aber, dass das Gesetz diese neuen Stellen geschaffen habe. Der Abgeordnete Teuber habe gerade gesagt, dass dieser Stellenaufwuchs kommen werde. Er sei aber doch schon da. Dies sei das Schlimme an der Sache, weil dadurch die Personalnot weiter verstärkt worden sei.

Staatssekretärin Bettina Brück stellt dar, ob Fachkräftebedarf und Fachkräftemangel in einer Kita herrschten, habe neben der Frage, ob Menschen krank seien oder aus anderen Gründen ausfielen, auch etwas damit zu tun, wie die Situation unter dem alten Kita-Gesetz gewesen sei. Wenn bereits unter dem alten Kita-Gesetz ein bedarfsgerechtes Angebot vorhanden gewesen sei, bestünden in der Regel weniger Probleme hinsichtlich der Fachkräftegewinnung, als wenn Fachkräfte tatsächlich erst aufgebaut werden müssten, um ein bedarfsgerechtes Angebot vorhalten zu können. Dies werde auch aus Gesprächen etwa mit Kitas, dem Landesjugendamt und dem Kita-Tag der Spitzen ersichtlich.

Es sei erfreulich, dass nun auch seitens der Opposition konstatiert werde, dass das Kita-Gesetz tatsächlich zu mehr Personal geführt habe. Durch die zusätzlichen 80 Millionen Euro im Rahmen des Kita-Gesetzes seien es nicht, wie oftmals behauptet, weniger Stellen geworden, sondern sei tatsächlich ein Stellenaufwuchs eingetreten.

Durch die Fachkräftekampagne Kindertagesbetreuung unterstütze die Landesregierung die Kommunen und freien Träger bei ihrer Aufgabe, Fachkräfte zu gewinnen. Das Land sei nicht Arbeitgeber der Erzieherinnen und Erzieher, leiste aber Unterstützung. Gerne hätte die Landesregierung die Kampagne bereits zwei oder drei Jahre früher umgesetzt, sie habe aber schwerlich während der Corona-Pandemie auf den Weg gebracht werden können, als die Situation vollkommen unklar und die Kitas und Träger mit vielen anderen Dingen beschäftigt gewesen seien und sich daher nicht auch noch explizit unterstützend bei dieser Kampagne hätten einbringen können. Daher erfolge die Kampagne aus Sicht der Landesregierung nun gerade zur richtigen Zeit, weil man jetzt auch sehe, welche großen Chancen es biete, in einer Kindertageseinrichtung oder in der Jugendhilfe zu arbeiten.

Die Kampagne sei bis zum Jahr 2024, bis zum Ende des aktuellen Doppelhaushalts, konzipiert. Wenn sie darüber hinaus fortgesetzt werden solle, sei die Landesregierung entsprechend auf den Haushalts-gesetzgeber angewiesen.

Selbstverständlich seien bei der Kampagne auch die kommunalen Spitzenverbände, die Träger, der Kita-Tag der Spitzen, der Landesjugendhilfeausschuss, der Fachkräfteverband und alle relevanten Gruppen einbezogen worden, und die Äußerungen dazu seien einhellig positiv. Dies sei auch bei der Pressekonferenz am 6. Februar so gewesen, zu der Vertreter von allen Akteuren eingeladen gewesen seien und Vertreterinnen und Vertreter von allen Gruppen mit auf dem Podium der Pressekonferenz gesessen und dort eine Aussage getroffen hätten. Sie halte es für sehr wichtig, dass diese Kampagne auch von innen heraus getragen werde, damit sie positiv verlaufe und der gewünschte Erfolg erzielt werden könne.

Das vom Abgeordneten Barth angesprochene Aktionsforum befinde sich bald auf der Zielgeraden. In diesem Frühjahr werde es erste Ergebnisse geben. In diesem Rahmen werde die Frage erörtert, was jeder Akteur in der jeweiligen Verantwortungsgemeinschaft – kommunale Spitzen, freie oder kommunale Träger, Gewerkschaften, Verbände, aber auch das Land – an seiner Stelle noch tun könne, um neue Fachkräfte zu gewinnen, Fachkräfte zu halten oder Teilzeitkräfte aufzustocken, also ein guter Arbeitgeber bzw. eine gute Arbeitgeberin zu sein. Es handele sich um eine Art Selbstverpflichtung, bei der alles noch einmal aufgelistet werde sowie Beispiele für Best Practice gegeben würden.

Bezüglich der Ausbildungsplatzkapazitäten seien die Zahlen in den letzten Jahren verdoppelt worden. Als sie im Landtag angefangen habe, hätten junge Menschen bei den Fachschulen zum Teil noch auf Wartelisten gestanden, um aufgenommen zu werden. Diese Situation sei bereits seit einigen Jahren abgestellt. Die Ausbildungsplatzkapazitäten seien so erhöht worden, dass für jeden jungen Mann und jede junge Frau, die einen Ausbildungsplatz in einer Fachschule für Erzieherinnen und Erzieher oder einer höheren Berufsfachschule Sozialassistenten anstrebten, eine neue Klasse eröffnet werde, wenn die Klassen voll würden. Außerdem gebe es ein Management in der Richtung, dass gesagt werde, wenn zwar in Mainz kein freier Platz mehr vorhanden sei, sei es vielleicht auch zumutbar, nach Ingelheim oder Bingen zu gehen, oder andersherum, was aber nicht gewollt sei. Ihr sei bekannt, dass diesbezüglich eine Diskussion im Kreis Mainz-Bingen geführt werde. Ziel sei, die Situation so miteinander zu vereinbaren, dass jeder einen Schulplatz finde und niemand abgewiesen werden müsse, wenn er die Voraussetzungen erfülle.

Auch in dieser Hinsicht seien aber vielerlei Veränderungen in der Fachschulverordnung vorgenommen worden. So seien beispielsweise Möglichkeiten geschaffen worden, auch mit einer abgeschlossenen Berufsausbildung den Beruf der Erzieherin und des Erziehers zu ergreifen, wenn man keinen Real-schulabschluss, sondern den ersten Schulabschluss habe, oder wenn man über von den Schulen anerkannte Expertise der eigenen Erziehung von Kindern in der Familienzeit verfüge. Die vielen Möglichkeiten umfassten außerdem die berufsbegleitende Erzieherinnen- und Erzieherausbildung, die zunächst als Pilotprojekt an zwölf Standorten gestartet sei und nun flächendeckend überall dort, wo es gewünscht sei, ausgeweitet worden sei. Die Landesregierung beschreite vielfältige Wege und versuche wirklich, sehr Vieles möglich zu machen, um die Fachkräftesituation im Land zu verbessern.

Staatssekretärin Bettina Brück sagt auf Bitte des **Abg. Thomas Barth** zu, dem Ausschuss Zahlen zu Ausbildungsplätzen nachzuliefern.

Staatssekretärin Bettina Brück merkt an, aktuell absolvierten ungefähr 6.000 junge Menschen in den Fachschulen eine Ausbildung als Erzieherin oder Erzieher.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 10 der Tagesordnung:

Intensivierung der MINT-Kooperation zwischen Bildungsministerium und BASF

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der FDP

– [Vorlage 18/3126](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Der Antrag ist erledigt mit der Maßgabe schriftlicher Berichterstattung gemäß § 76 Abs. 2 Satz 3 GOLT.

Punkt 9 der Tagesordnung:

Schulen im Ahrtal

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der CDU

– [Vorlage 18/3389](#) – [[Link zum Vorgang](#)]

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, die Folgen der Flut seien im Ahrtal immer noch allgegenwärtig, und der Wiederaufbau befinde sich in vollem Gange. Über den Fortschritt der Maßnahmen hätten sich die Abgeordneten sicherlich ebenso wie die Landesregierung in vielfältigen Terminen ein Bild machen können.

Von dem Wiederaufbau seien 17 Schulen im Ahrtal betroffen. Der Wiederaufbau der Infrastruktur der Schulen werde sicherlich teilweise mehrere Jahre in Anspruch nehmen, weil die Schäden doch sehr unterschiedlich seien, aber immense Ausmaße hätten. Insgesamt, bei allen betroffenen Landkreisen, belaufe sich der entstandene Schaden auf rund 4,3 Milliarden Euro. Davon entfielen rund 96 %, 4,11 Milliarden Euro, auf das Ahrtal. Kreisweit seien 2.655 Maßnahmen für den Wiederaufbau der öffentlichen Struktur im Ahrtal angemeldet worden. Die betreffenden Schulbaumaßnahmen beliefen sich auf eine Größenordnung von rund 330 Millionen Euro. Allein anhand dieser Summe werde die Dimension dieser Aufgabe deutlich, nach den ersten Schritten der temporären Lösungen nun auch intensiv in die Sanierung und den Wiederaufbau der Schulen zu investieren.

Der Schulbetrieb laufe von Beginn an weitestgehend planmäßig. Dafür sei den Schulgemeinschaften und den Schulträgern sehr herzlich zu danken, die unmittelbar nach der Flut Sofortmaßnahmen ergriffen hätten, sodass die Schülerinnen und Schüler nach den Sommerferien 2021 wieder ein Umfeld gehabt hätten, in dem sie Unterricht hätten wahrnehmen können.

Auf allen Ebenen bestehe ein sehr enger Kontakt mit den Schulleitungen und ihrem Hause, aber auch mit den Schulträgern. Herr Schneider, der sie heute begleite, sei im Bildungsministerium für die Schulbau- und Kitamaßnahmen im Rahmen des Wiederaufbaus zuständig und sei wahrscheinlich mit jeder einzelnen Maßnahmen sehr vertraut, weil er jeden Tag in einem sehr intensiven Austausch mit der Kreisverwaltung und den Schulträgern bei der Verbandsgemeinde und den beiden Städten stehe.

Die Levana-Schule, eine Förderschule für ganzheitliche Entwicklung und eine der beiden Förderschulen, die am Brückenkopf in Bad Neuenahr-Ahrweiler unmittelbar von der Zerstörung betroffen gewesen seien, sei die letzte Schule, die nun noch in diesem Monat mit der Fertigstellung einer Containerlösung rechnen könne und dann wieder an einem Standort vereint sein werde. Im Moment befänden sich die Schülerinnen und Schüler noch an zwei unterschiedlichen Standorten, wobei die meisten in der Landesschule für Blinde und Sehbehinderte in Neuwied beschult würden. Ihrer Einschätzung nach sei die Freude groß, dass die Schule nun im März durch die Übergangslösung wieder an einem Standort vereint sein werde und so auch die eigentliche Phase des Wiederaufbaus bestehen könne.

Die Schulbaumaßnahmen sowie die jeweilige Situation vor Ort seien sehr unterschiedlich. Teilweise werde, wenn Schulen nicht in Container ausgelagert seien, im laufenden Schulbetrieb saniert und wiederaufgebaut.

Der Wiederaufbau werde über das von Bund und Ländern beschlossene 30-Milliarden-Euro-Paket, das in Rheinland-Pfalz in die Verwaltungsvorschrift Wiederaufbau RLP 2021 gemündet sei, gestaltet. Diese Verwaltungsvorschrift ermögliche den Wiederaufbau von Schulen entweder in Form von Sanierungen oder Ersatzbauten in der Regel mit einer Förderquote von 100 % der zuwendungsfähigen Kosten. Das Ministerium für Bildung berate und begleite in Person von Herrn Schneider die Schulträger sehr intensiv bei dem Prozess der Wiederherstellung der Gebäude gemeinsam mit der ADD und dem Innenministerium, da es sich immer auch um eine große Gemeinschaftsleistung handele.

Die Abstimmungsgespräche dazu hätten direkt zu Beginn und seitdem immer wieder stattgefunden. Die letzte Runde der Abstimmungsgespräche zum Wiederaufbau mit allen Schulträgern im Ahrtal habe aktuell seit Januar 2023 erneut in einer Runde stattgefunden. Ihrer Kenntnis nach werde sich von Verbandsgemeinde zu Verbandsgemeinde bewegt, und die jeweiligen Maßnahmen der Schulträger vor Ort würden besprochen. Die jeweiligen Schulträger würden intensiv dahin gehend beraten, welche Fördermöglichkeiten bestünden und welche Wiederaufbauförderung auch mit anderen Förderprogrammen kombinierbar sei. In bestimmten Situationen sei es auch möglich, die Wiederaufbauhilfen mit der Schulbauförderung zu kombinieren. Diese Kombination habe zum Beispiel ermöglicht, dass die Grundschule in Bad Neuenahr-Ahrweiler statt einer Sanierung einen Ersatzbau, im Sinne des Schulträgers sowie mit Beschluss des Schulträgers, erhalte und dabei gefördert werden könne.

Somit befänden sich vielfältige Dinge auf dem Weg. Die Landesregierung habe ein sehr großes Interesse daran, gemeinsam mit den Schulträgern und den Schulen vor Ort diesen Wiederaufbau und die Sanierungen zügig voranzubringen, weil Schulen für die Kinder und Jugendlichen von zentraler Bedeutung seien, da sie auch Stabilität und Sicherheit gäben. Dies hätten alle im Zuge dieses Prozesses gelernt, ebenso dass alles so schnell wie möglich wiederaufgebaut werden solle, das Land als zuverlässiger Partner bei den Schulträgern und den Schulen wahrgenommen werde und ihnen als zuverlässiger Partner zur Seite stehe, damit diese Gemeinschaftsleistung so bald wie möglich vollendet werden könne.

Vors. Abg. Susanne Müller dankt als lokale Abgeordnete dem gesamten Stab der Landesregierung, dem Wiederaufbaustab, dem Ministerium des Innern und für Sport sowie den Anwesenden persönlich für ihren Einsatz. Dieser werde im Ahrtal sehr geschätzt, denn klar sei, dass die Strukturen, die über Jahrzehnte aufgebaut worden seien, doch nicht so schnell wiederaufgebaut werden könnten, wie es vor Ort manchmal gewünscht werde. Daher danke sie für die Unterstützung und den langen Atem, und freue sich auch weiterhin auf den guten Austausch, viele konstruktive Gespräche und die Begleitung.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 11 der Tagesordnung:

Neue Entwicklungen in der Begabten- und Begabungsförderung in Rheinland-Pfalz

Antrag nach § 76 Abs. 2 GOLT

Fraktion der SPD

– [Vorlage 18/3414](#) – [\[Link zum Vorgang\]](#)

Staatssekretärin Bettina Brück berichtet, für das Land Rheinland-Pfalz und die Landesregierung seien die Chancengleichheit und die Frage von Durchlässigkeit und Bildungsgerechtigkeit von Kindern und Jugendlichen von ganz besonderer Bedeutung. Es werde sich Kindern mit besonderen Startschwierigkeiten ebenso gewidmet wie Kindern mit besonderen Begabungen.

Um die besonderen Begabungen und Talente von Schülerinnen und Schülern gehe es bei dem Programm „Leistung macht Schule“. Dies sei ein wesentlicher Bestandteil der Begabungs- und Begabtenförderung in Rheinland-Pfalz, weil es auch darum gehe, die Angebote, die im Bereich der Begabtenförderung bestünden, noch stärker zu vernetzen und bekannt zu machen. Das Programm werde wissenschaftlich begleitet. Es werde im gesamten Bundesgebiet umgesetzt, da es sich um ein Bundes-Länder-Programm handle. Die wissenschaftliche Begleitung erfolge durch die Universität in Frankfurt. Es bestünden regionale Netzwerke, die wichtig seien, weil es gelte, die Angebote nicht nur im Land selbst, sondern auch über die Landesgrenzen hinaus zu vernetzen und bekannt zu machen.

Im August 2023 starte die zweite Runde der gemeinsamen Initiative von Bund und Ländern zur Förderung leistungsstarker und potenziell leistungsstarker Schülerinnen und Schüler. In der ersten Runde hätten 17 rheinland-pfälzische Schulen aller Schularten teilgenommen. Das Programm laufe seit 2018. In der zweiten Runde, im Sommer 2023, würden weitere etwa 40 Schulen in fünf Netzwerken an den Start gehen, sodass die Netzwerke aus der ersten Phase durch diese weiter verstärkt würden. Den Startschuss werde Staatsministerin Dr. Stefanie Hubig am 24. April in Kirn geben. Für die Schulen werde eine große Auftaktveranstaltung stattfinden, an der nicht nur die neuen Schulen teilnähmen, sondern bei der bereits die Vernetzung mit den 17 Schulen aus der ersten Phase erfolge.

Das Pädagogische Landesinstitut stelle eine wesentliche Säule dieses Programms dar. Dort sei ein Begabtenbüro installiert worden. In diesem Begabtenbüro arbeiteten eine Schulpsychologin und eine Lehrkraft gemeinsam daran, besondere Aktivitäten für besonders begabte Schülerinnen und Schüler zu koordinieren, zu vernetzen und an den Start zu bringen sowie Fortbildungsangebote für die Lehrkräfte zu organisieren.

Der Aufgabenbereich bei „Leistung macht Schule“ gehe weit über das Begabtenbüro hinaus. Künftig werde es neue Entdeckertagsschulen geben. Entdeckertagsschulen seien Grundschulen, zu denen Schülerinnen und Schüler mit besonderer Begabung einmal in der Woche konzentriert gehen könnten, um dort besondere Bildungsangebote zu erhalten, die sie dann für die restliche Woche wieder mit in ihre Stammschulen nähmen. An diesen Entdeckertagsschulen erhielten sie einmal in der Woche eine besondere Förderung. Zusätzlich zu den bereits existierenden 15 Entdeckertagsschulen sollten in den kommenden Jahren vier neue eingerichtet werden, sodass auch dieses Netzwerk weiter

vorangetrieben werde. Schließlich seien die Entdeckertagsschulen sozusagen das Kompetenzzentrum bei der Begabungsförderung in der Grundschule, was auch als erster Anlaufpunkt besonders wichtig sei.

Selbstverständlich würden im Land weitere Bemühungen unternommen. Hier nenne sie die Gymnasien mit Hochbegabtenzweig und viele andere Aktionen, die in diesem Bereich umgesetzt würden, die BEGYS-Programme in den Gymnasien sowie viele andere Dinge.

Für die Förderung von hochbegabten Kindern und Jugendlichen aller Schularten werde es erstmals in diesem Sommer eine länderübergreifende Aktion in der JuniorAkademie in Neuerburg, die schon seit vielen Jahren existiere, in Zusammenarbeit mit dem Saarland geben. Saarländische Schülerinnen und Schüler könnten sich auch an der Juniorakademie bewerben. Es handele sich um ein Programm, welches explizit für Schülerinnen und Schüler der siebten und achten Klassen ausgeschrieben werde und sich stets sehr großer Inanspruchnahme erfreue. Das Angebot sei offen für Schülerinnen und Schüler aller Schularten. Die Ferienakademie in der JuniorAkademie Neuerburg, die in den Sommerferien stattfinde, erstrecke sich über zweieinhalb Wochen und habe auch den Hintergrund, außerschulische Aktivitäten der Begabtenförderung mit der schulischen Begabtenförderung zu vernetzen.

Alles in allem handele es sich also um ein sehr ausgewogenes Programm mit wissenschaftlicher Begleitung. Es werde sich auf die rund 40 neuen Schulen gefreut, die hinzukämen. Damit sei die Erwartung verbunden, in Rheinland-Pfalz ein großes Netz weiterspinnen zu können, dessen Aufbau beispielsweise bereits mit den Entdeckertagsschulen und den BEGYS-Zweigen an Gymnasien begonnen habe.

Abg. Sven Teuber führt aus, für seine Fraktion sei es wichtig, die Vielfalt an unterschiedlichen Herangehensweisen und unterschiedlichen Förderniveaus und Förderanforderungen auch in dem Bereich der Begabtenförderung zu unterstützen. Es sei dargestellt worden, dass die vorhandenen 17 Schulen des Netzwerks mehrere Schularten abdeckten. Er nehme an, dies treffe auch auf die 40 weiteren Schulen zu und diese seien auch gut über die Regionen im Land verteilt, damit die Netzwerke tatsächlich auch regional gut miteinander arbeiteten. Die wissenschaftliche Begleitung des Programms erfolge durch die Universität in Frankfurt. Von Interesse sei, wie der diesbezügliche Austausch stattfinde, so dass dieses Programm tatsächlich weiterentwickelt werde.

Auch die Entdeckertagsschulen, von denen er ebenfalls sehr überzeugt sei, sollten noch einmal ausgeweitet werden. Seines Wissens seien diese stets von der Universität Trier wissenschaftlich begleitet worden. Er frage, ob dies weiterhin der Fall sei und auf Grundlage dieser Evaluation und dieser wissenschaftlichen Begleitung eine Erweiterung des Programms erfolgt sei. Es sei ein interessanter Aspekt, welche Erkenntnisse dazu geführt hätten.

Staatssekretärin Bettina Brück antwortet, Professorin Dr. Franzis Preckel aus Trier von der Universität Trier begleite die Entdeckertagsschulen weiterhin sehr intensiv.

Für das Programm „Leistung macht Schule“ bestehe ein deutschlandweit vernetzter Forschungsverbund von 17 Universitäten, die die jeweiligen Netzwerke in den Ländern betreuten, das Programm

evaluierten, sich untereinander austauschten und gute Angebote innerhalb des Forschungsverbunds weiter streuten. Professor Dr. Fischer sei in diesem Forschungsverbund für Rheinland-Pfalz zuständig. Dieser wissenschaftliche Hintergrund arbeite die Angebote mit aus, evaluiere sie und Sorge für eine Vernetzung untereinander etwa zu den Fragen, was wichtig sei, wie man in bestimmten Situationen reagiere, welche Angebote für Lehrkräfte, welche für Schülerinnen und Schüler gemacht werden sollten, oder wie die Angebote, die Lehrkräfte gemacht hätten, im ganzen Kollegium weiterverbreitet werden könnten. In der ersten Phase von „Leistung macht Schule“ habe sich dieser Verbund von 17 Universitäten im gesamten Bundesgebiet, die sich untereinander vernetzten, ähnlich wie sich beispielsweise auch das rheinland-pfälzische Pädagogische Landesinstitut mit den Landesinstituten anderer Länder vernetze und sich diese untereinander austauschten, sodass Best-Practice-Beispiele immer weiter in das System eingespeist werden könnten, als sehr ertragreich erwiesen.

Der Antrag ist erledigt.

Punkt 13 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss beschließt, dass eine Auswertung der Informationsfahrt nach Israel vom 12. bis 16. Februar 2023 erfolgen soll. Die Form der Auswertung wird in der Obleuterunde festgelegt.

Mit einem Dank an die Anwesenden für ihre Mitarbeit schließt **Vors. Abg. Susanne Müller** die Sitzung.

gez. Dr. Julia Voßen
Protokollführerin

Anlage

Anlage

In der Anwesenheitsliste eingetragene Abgeordnete

Fuhr, Alexander	SPD
Maier, Florian	SPD
Müller, Susanne	SPD
Schmitt, Astrid	SPD
Teuber, Sven	SPD
Barth, Thomas	CDU
Groß, Jennifer	CDU
Schnieder, Gordon	CDU
Köbler, Daniel	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Paul, Joachim	AfD
Weber, Marco	FDP
Schwab, Helge	FREIE WÄHLER

Für die Landesregierung

Brück, Bettina	Staatssekretärin im Ministerium für Bildung
----------------	---

Für die Task Force Ukraine der KMK

Beckmann, Hans	Staatssekretär a. D., Vorsitzender der Task Force Ukraine der KMK
----------------	---

Landtagsverwaltung

Beckmann, Juliane	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung
Voßen, Dr. Julia	Mitarbeiterin der Landtagsverwaltung (Protokollführerin)